

Niedersächsischer Landtag

Stenographischer Bericht

2. Sitzung

Hannover, den 31. März 1998

Inhalt:

Mitteilung über die Zusammensetzung des Ältestenrates	1
Aussprache über die Regierungserklärung	1
Wulff (Osnabrück) (CDU)	1
Gabriel (SPD)	15
Frau Harms (GRÜNE)	30
Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses - Drs 14/2	37
Nächste Sitzung	38

Vom Präsidium:

Präsident	Wernstedt (SPD)
Vizepräsident	Gansäuer (CDU)
Vizepräsidentin	Goede (SPD)
Vizepräsident	Jahn (CDU)
Vizepräsidentin	Litfin (GRÜNE)
Schriftführer	Biel (SPD)
Schriftführerin	Hansen (CDU)
Schriftführerin	Jahn (SPD)
Schriftführer	Lanclée (SPD)
Schriftführerin	Saalmann (SPD)
Schriftführerin	Schliepack (CDU)
Schriftführer	Sehrt (CDU)
Schriftführerin	Vogelsang (CDU)
Schriftführer	Wolf (SPD)
Schriftführer	Wulf (Oldenburg) (SPD)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident
Schröder (SPD)

Innenminister
Glogowski (SPD)

Finanzminister
Aller (SPD)

Staatssekretär Ebisch,
Niedersächsisches Finanzministerium

Sozialministerin
Alm-Merk (SPD)

Kultusministerin
Jürgens-Pieper (SPD)

Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Dr. Fischer (SPD)

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und
Forsten
Funke (SPD)

Staatssekretär Bartels,
Niedersächsisches Ministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten

Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten
Dr. Weber (SPD)

Staatssekretär Dr. Litten,
Niedersächsisches Ministerium der Justiz und
für Europaangelegenheiten

Minister für Wissenschaft und Kultur
Oppermann (SPD)

Staatssekretär Dr. Reinhardt,
Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft
und Kultur

Umweltminister
Jüttner (SPD)

Staatssekretär Schulz,
Niedersächsisches Umweltministerium

Beginn: 9.30 Uhr.

Vizepräsident Gansäuer:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Ich eröffne die 2. Sitzung im 1. Tagungsabschnitts des Niedersächsischen Landtags der 14. Wahlperiode.

Das Haus ist erfreulicherweise schon jetzt beschlußfähig.

Wie Sie wissen, beginnen wir die heutige Sitzung mit der Mitteilung über die Zusammensetzung des Ältestenrates, setzen sie mit der Aussprache über die Regierungserklärung fort und haben dann noch über den in der Tagesordnung ausgedruckten Wahlvorschlag betreffend die Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses zu entscheiden.

Die Damen und Herren Kollegen, die ihren Personenbogen noch nicht abgegeben haben, werden gebeten, dieses umgehend zu tun, da sonst das Landtagshandbuch nicht rechtzeitig fertiggestellt werden kann. Sollten Sie es versäumen, verzögert sich das Ganze bis nach Ostern, was hier im Hause zu Problemen führen würde.

Es folgen jetzt die geschäftlichen Mitteilungen durch den Schriftführer.

Schriftführer Sehrt:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich entschuldigt die Abgeordnete Frau Pothmer. - Das war es.

Mitteilung über die Zusammensetzung des Ältestenrates

Vizepräsident Gansäuer:

Nach Mitteilung der Fraktionen setzt sich der Ältestenrat wie folgt zusammen: von der Fraktion der SPD der Abgeordnete Bartling, der Abgeordnete Beckmann, der Abgeordnete Gabriel, die Abgeordnete Frau Kruse, der Abgeordnete Biel, der Abgeordnete Plaue, die Abgeordnete Frau Seeler und der Abgeordnete Senff; von der Fraktion der CDU der Abgeordnete Eveslage, der Abgeordnete von der Heide, der Abgeordnete Horrmann, der Abgeordnete Oestmann, die Abgeordnete Frau

Pawelski und der Abgeordnete Wulff (Osnabrück); von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordnete Schröder. Dem Ältestenrat gehören, wie Sie wissen, weiterhin an der Präsident und die Vizepräsidentinnen bzw. Vizepräsidenten.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur

Aussprache über die Regierungserklärung

Zuerst hat das Wort der Vorsitzende der CDU-Fraktion, der Kollege Wulff. Bitte schön, Herr Wulff!

Wulff (Osnabrück) (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Wahl in Niedersachsen am 1. März 1998 ist gelaufen. Die Kollegen der SPD hatten vier Wochen Zeit, das Ergebnis zu feiern. Wir haben nun allerdings erwartet, daß man sich in der Regierungserklärung dem Ernst der Lage des Landes Niedersachsen zuwendet. Das haben wir gestern jedoch vermißt.

(Beifall bei der CDU)

Statt dessen hat die Regierungserklärung dokumentiert, daß offenbar acht Jahren der Ignoranz nunmehr fünf Jahre der Arroganz folgen sollen. Das hieße dann allerdings: Gute Nacht, Niedersachsen!

(Beifall bei der CDU)

Darüber hinaus zeigen sowohl der Inhalt der gestrigen Regierungserklärung als auch mancherlei Verhalten, daß es für manche offensichtlich schwieriger ist, einen Sieg zu verkraften, als mit einer Niederlage vernünftig fertig zu werden.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Uns kann es nur erfreuen, daß Sie, nachdem Sie das Ergebnis als Bestätigung Ihrer Politik verstehen, ein „Weiter so“ daraus folgern. Das Land Niedersachsen allerdings wird schwerwiegenden Schaden erleiden, wenn Sie dieses Wahlergebnis tatsächlich dazu nutzen sollten, „Weiter so“ als Parole Ihrer Politik auszugeben.

(Beifall bei der CDU)

Es ist doch mit Händen zu greifen, daß man aus diesem Wahlergebnis Ihrerseits etwas hätte machen können. Die Chance einer erstmalig fünfjährigen Wahlperiode, die Chance einer klaren Mehrheit im Parlament - das wäre doch etwas gewesen, Herr Ministerpräsident, um den Ernst der Lage des Landes anzusprechen, Lösungen vorzuschlagen und daran zu appellieren, die bestehenden Probleme gemeinsam anzugehen. Nichts dergleichen aber haben Sie getan, Herr Schröder. Das ist das eigentlich Blamable an Ihrer Regierungserklärung vom gestrigen Tage.

(Beifall bei der CDU)

Statt nach Lösungen zu suchen und Lösungen vorzuschlagen, haben Sie hier im Niedersächsischen Landtag versucht, in selbstherrlicher Arroganz abzukanzeln und auszugrenzen. Das ist Ihre Art, hier im Landtag aufzutreten.

(Beifall bei der CDU)

Es ist ein großer Fehler, Niedersachsen in dieser Form weiterhin zu vernachlässigen, nur weil es Ihnen um die Kanzlerschaft geht. Jetzt, nachdem diese Frage, die den Wahlkampf sehr stark bewegt und bestimmt hat, entschieden ist, wird es um die Bilanz Ihrer landespolitischen Fehlleistungen in Niedersachsen gehen. Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ schrieb, daß der Zustand des Landes Ausweis des Kanzlerkandidaten sein muß, mit dem er Einlaß ins Kanzleramt begehre. Mit dem, was Sie, Herr Schröder, hier gestern abgeliefert haben, können Sie weiter am Zaun rütteln; an den Wählern vorbei werden Sie aber nicht ins Kanzleramt hineinkommen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Politik für eine gesamte - - -

(Zuruf von Fasold [SPD])

- Wissen Sie, Herr Fasold, angesichts Ihres Zweitstimmenergebnisses sollten Sie jetzt wahrlich nicht behaupten, daß die Wahl zu Ihren Gunsten ausgegangen wäre. Die Wahl ist vielmehr deshalb so ausgefallen, weil die Leute nicht Oskar Lafontaine haben wollten, wofür wir sogar ein gewisses Verständnis haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Fasold [SPD]:
Das ist wirklich eine Büttenrede, die Sie da halten!)

Sie machen hier etwas, was Sie hier auch schon in den letzten beiden Wahlperioden gemacht haben: Sie reden eine Situation schön, von der Hunderttausende von Menschen ernsthaft betroffen sind. Ich denke z. B. an die Arbeitslosigkeit. Im Wahlkampf haben Sie angesichts von 450.000 arbeitslosen Menschen in Niedersachsen davon gesprochen, daß die Landesregierung 80.000 zusätzliche Beschäftigungsverhältnisse erreicht habe. In der gestrigen Regierungserklärung waren es dann nur noch 34.000. Die Wahrheit laut amtlicher Statistik Ihres Statistischen Landesamtes jedoch ist, daß es hier in Niedersachsen 1997 9.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte weniger gab als 1990, als Gerhard Schröder hier in diesem Lande begonnen hat. Meine Damen und Herren, das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

In der davorliegenden Regierungszeit unter Ernst Albrecht ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 292.000 gestiegen. In Ihrer Regierungszeit ist diese Zahl jedoch um 9.000 gefallen. Trotzdem haben Sie im Wahlkampf einen völlig falschen und gegensätzlichen Eindruck erweckt. Mit dieser Art des Schönredens aber ist niemandem geholfen, schon gar nicht den arbeitslosen Menschen in Niedersachsen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Das Institut der Deutschen Wirtschaft hat Ihnen in der vorletzten Woche nachgewiesen, daß Sie dort, wo Sie die ökonomischen Bedingungen Niedersachsens hätten alleinverantwortlich gestalten können, versagt haben. Das Institut der Deutschen Wirtschaft hat Ihnen hier in Niedersachsen schwerwiegende Fehler in der Wirtschafts- und Haushaltspolitik vorgeworfen. Das ist die Realität niedersächsischer Landespolitik.

Sie sprechen von einem Sparkurs. Dabei verfälschen Sie die Wahrheit. Sie haben den höchsten Ausgabenanstieg, den höchsten Schuldenanstieg aller westdeutschen Flächenländer. Damit haben Sie den Gestaltungsspielraum zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als drängendstem Problem der nächsten fünf Jahre eingeengt.

(Beifall bei der CDU)

Die Investitionen der Kommunen in Niedersachsen sind gewaltig zurückgefallen; mehr als in jedem

anderen vergleichbaren westdeutschen Flächenland. Die Investitionen im Landeshaushalt sind massiv gekürzt worden. Dies gilt vor allem für den Haushaltsvollzug, d. h. für die Abwicklung der jeweiligen Doppelhaushalte.

Das Institut der Deutschen Wirtschaft hat dann wörtlich erklärt:

„Zusammenfassend sind deutliche Defizite in der niedersächsischen Wirtschafts- und Strukturpolitik sowie der Haushaltspolitik erkennbar. Diese Versäumnisse haben nicht dazu beigetragen, den Wirtschaftsstandort Niedersachsen zu stärken. Im Gegenteil“

- so das Institut der Deutschen Wirtschaft in dem Gutachten der vorletzten Woche -

„kann davon ausgegangen werden, daß die Politik der Landesregierung die Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung behinderte.“

So die Gutachter. Vor diesem Hintergrund hätten wir in der gestrigen Regierungserklärung Ankündigungen und Hinweise darauf erwartet, welche Schlüsse man daraus zu ziehen gedenkt und was man ändern will. Nichts darüber haben wir gestern aber gehört.

Meine Damen und Herren, wenn die Verschuldung weiter so ansteigt wie in den vergangenen acht Jahren unter Gerhard Schröder, werden wir im Jahr 2003 an die 90 Milliarden DM Schulden haben. Wenn der Bildungsabbau in Niedersachsen so weitergeht, dann werden die Kinder in Niedersachsen nicht mehr nur ein Schuljahr weniger Unterricht bekommen als in anderen, vernünftig regierten Bundesländern, sondern zwei Schuljahre weniger. Das kann es doch nicht sein, meine Damen und Herren. Vor diesem Hintergrund muß man doch erklären: Wir ändern etwas an dieser unerträglichen Situation. Statt dessen aber ergeht man sich in blumigen Formulierungen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn die Kommunen in ihrer Finanzausstattung weiter so geplündert werden, dann haben wir 2003 keine kommunale Selbstverwaltung mehr, dann sind in allen Gemeinden, Landkreisen und Städten nur noch

Staatskommissare eingesetzt, die sie letztlich führen und verwalten. Das ist die Folge, wenn man Politik nach dem Motto des „Weiter so“ betreibt. Wir wollen kein „Weiter so“ in Niedersachsen, sondern wir wollen einen Neuanfang, und dazu fehlt Ihnen ganz offensichtlich die Kraft.

Es ist schon ungeheuerlich, wenn man in der Regierungserklärung als Zwischenüberschrift den Satz liest: „Niedersachsen baut Verschuldung ab“. Meine Damen und Herren, wenn man vom Staatsgerichtshof bestätigt bekommen hat, eine verfassungswidrige Neuverschuldung eingegangen zu sein, dann diese Neuverschuldung, die verfassungswidrig war, ein wenig absenkt und dann sagt, man baue die Verschuldung ab, dann ist das nichts anderes als Hütchenspielerei und Gauklerei. So etwas wollen wir in Niedersachsen nicht als Landespolitik!

(Beifall bei der CDU)

Es ist doch geradezu unglaublich, wenn man dann noch versucht, sich mit Bayern auf eine Stufe zu stellen, wie das gestern hier geschehen ist. Dort sind die Schulden seit 1990 um 35 % angestiegen - das ist der geringste Schuldenanstieg in Westdeutschland. In Niedersachsen waren es 69 % - das ist der höchste Schuldenanstieg der westdeutschen Flächenländer. In Bayern ist die Verschuldung von 1990 bis 1995 von 27,3 Milliarden DM auf 27,9 Milliarden DM angestiegen. In dem gleichen Zeitraum hat Gerhard Schröder zusätzliche Schulden nahezu exakt in der Höhe gemacht, die Bayern von 1946 bis 1995 insgesamt gemacht hat. Wer dann 1995 als Basis nimmt, um daraus abzuleiten, seitdem seien hier die Schulden etwas weniger angestiegen als in Bayern, der macht nun wirklich etwas, was man als ungeheuerlich und unredlich zurückweisen muß.

(Beifall bei der CDU)

Die Bayern haben aus Veräußerungserlösen einen Zukunftsfonds errichtet, um in Bildung, Forschung und Technologie zu investieren. In Niedersachsen sind Veräußerungserlöse genutzt worden, um damit Haushaltslöcher grobschlächtig abzudecken. Bayern ist im Finanzausgleich der Länder ein Geberland, Niedersachsen ist ein Nehmerland.

Wer so Bayern und Niedersachsen in ihrer Haushalts- und Finanzpolitik vergleicht, der schafft nun wahrlich die Grundlage für das Bundesverfas-

sungsgericht, beim Länderfinanzausgleich einige kritische Fragen zum Ausgabeverhalten Niedersachsens zu stellen. Insofern waren die gestern angestellten prozentualen Vergleiche ungeheuerlich.

Es ist auch ungeheuerlich, daß Sie Arbeit versprechen, aber mit Ihrer Politik Arbeitslosigkeit mitproduzieren. Gestern haben Sie die Arbeitsmarkti-nitiativen im Emsland und in anderen Landkreisen gelobt. Das Lob ist auch in Ordnung. Aber wir fragen uns natürlich, wo Ihr Beitrag bleibt, diese Initiativen in Niedersachsen - wie das in anderen Bundesländern der Fall ist - seitens des Landes zu unterstützen. Würde man bei der Einrichtung von Service-Agenturen helfen, dann könnten in Niedersachsen etwa 40.000 Menschen zusätzlich in Arbeit gebracht werden. Wir erwarten von Ihnen, daß Sie nicht länger reden, sondern daß Sie endlich handeln, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Sie fordern, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. In diesen Tagen liegt im Bundesrat eine Verordnung, um das Erwerbseinkommen von Sozialhilfeempfängern im Umfang von 10 % nicht mehr auf die Sozialhilfe anzurechnen, und die sozialdemokratisch geführten Bundesländer, darunter auch Niedersachsen, verhindern soeben diese Verordnung. Es geht außerdem darum, den Eingangssteuersatz zu senken, es geht darum, das Existenzminimum freizustellen, damit sich der Übergang von Sozialhilfe in Beschäftigung lohnt, und es sind die Sozialdemokraten, die genau dieses in Deutschland verhindert haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir wollen, daß Sie eingestehen, daß hier in der Landespolitik manches fehlerhaft läuft. Aber Bonner Ambitionen verhindern diese nüchterne, realitätsnahe Analyse.

Wir kämpfen weiter dafür, daß Sparsamkeit Bedeutung erlangt. Wir wissen, daß Nationalstaaten wie Neuseeland, aber auch Provinzen und einzelne Bundesländer in europäischen und außereuropäischen Staaten beträchtliche Erfolge damit erzielt haben. Sie aber sind dazu nicht bereit.

Wir hätten erwartet, daß sich einzelne Minister mit der Forderung nach einem Zukunftsfonds durchsetzen, damit der Zugriff auf solche Erlöse nicht durch diejenigen erfolgt, die die Ausgaben nicht

kürzen wollen, damit Gelder für zukunfts-trächtige Investitionen gesichert bleiben. Aber statt Existenzgründer und Zukunftstechnologien zu fördern, wird bei Ihnen auch dieses Geld wieder nur dazu genutzt, das Füllhorn zu öffnen, um die eigene Klientel bei Laune zu halten.

Die gestrige Regierungserklärung schloß mit der Formulierung, es handele sich bei einer solchen Regierungserklärung um die Kursbestimmung einer Landesregierung. Meine Damen und Herren, Sie werden mir sicherlich nicht verdenken, wenn ich dabei an das Plakat „Kurs halten in der Achterbahn“ denken mußte. Eine Achterbahn hat es nämlich an sich, daß man den Wagen, in dem man sitzt, gerade nicht steuert. Man läßt sich hin- und herschleudern, dreht Loopings, rast rauf und runter, und am Ende stellt man fest, daß man keinen einzigen Schritt vorangekommen, sondern wieder genau dort gelandet ist, wo man gestartet ist. Genau so ist Ihre Finanzpolitik!

(Beifall bei der CDU)

Eine Achterbahn ist aber eben nicht unsere Vorstellung von der Steuerung eines Regierungsschiffes unseres Landes Niedersachsen, es ist allerdings die Vorstellung für Ihr politisches Handeln.

Meine Damen und Herren, die Fraktionen dieses Landtags müssen sich allesamt der bitteren Realität stellen. Wir stehen vor der schwierigsten Legislaturperiode der Geschichte unseres Landes, von den Nachkriegsjahren abgesehen. Wenn die Arbeitslosigkeit so weiter steigt, dann werden wir im Jahr 2003 mehr als 600.000 arbeitslose Menschen in Niedersachsen haben. Wenn die Arbeitslosigkeit in Niedersachsen höher ist als in fast allen anderen vergleichbaren Flächenländern, dann kann man es sich natürlich sehr einfach machen. Man kann mit dem neuen Modebegriff der Volkswirtschaft, nämlich den makroökonomischen Daten, sagen: Ich wasche die Hände in Unschuld und habe mit nichts etwas zu tun, weil die makroökonomischen Bedingungen anderswo, global oder national, gesetzt werden.

Aber das Mitregieren der Niedersächsischen Landesregierung im Bundesrat spielt eine große Rolle. Die Unterschiede zu den anderen erfolgreicheren Bundesländern wie Bayern und Baden-Württemberg zeigen, daß ein Land eine Vielzahl von Möglichkeiten hat, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Richtig ist dabei, daß wir zur Schaffung

von Arbeitsplätzen den Faktor Arbeit finanziell entlasten müssen. Richtig ist, daß wir in Bonn im Bundestag und Bundesrat mutige Reformen brauchen. Aber dann muß man auch bereit sein zur Gesundheitsreform, zur Rentenreform, zur Reform der Arbeitslosenhilfe und vor allem auch zur großen Steuerreform.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben als Mitglied des Bundesrates mit Ihren sechs Stimmen als Landesregierung in den nächsten fünf Jahre weiterhin eine Vielzahl von Gelegenheiten, die Reformen zu befördern, anstatt sie zu bremsen. Sie haben in den letzten Jahren all diesen Reformen nicht zugestimmt, sondern Sie haben sie abgelehnt. Von eigenen Initiativen ist überhaupt nichts bekannt geworden. Wir hatten ja mal Landesregierungen, die Strukturhilfemittel und anderes durchgesetzt haben. So etwas ist seit 1990 nicht bekannt geworden.

Jetzt stehen Sie sich aus der Verantwortung und wollen die Zeit sogar zurückschrauben. Sie wollen die Rücknahme wichtiger Reformvorhaben, beklagen andernorts aber den angeblichen Stillstand. So still kann es ja gar nicht gestanden haben, wenn Sie jetzt zu Ihrem Wahlkampfschlager zu machen versuchen, Sie wollten zurückschrauben, zurückdrehen, und wenn Sie als Hauptwahlkampfziel die Aufhebung von Reformen proklamieren. Wir fragen uns: Wo sind Sie geblieben bei den eigentlich zu treffenden Entscheidungen? - Zustandsbeschreibungen reichen schon lange nicht mehr aus. Wir brauchen Lösungen, wir brauchen Handeln, und wir dürfen nicht den Menschen einreden, es könnte alles so bleiben, wie es ist, weil dann nichts so bleiben wird, wie es geworden ist.

Für eine grundlegende Reform ist das, was die Sozialdemokraten anbieten, letztlich Gift. Wenn Sie die Steuerreform mit einem gesenkten Spitzensteuersatz von 49 % wollen, kann können Sie sie auch gleich lassen, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie im Gegenzug auch noch Steuervergünstigungen streichen, dann werden Sie erleben, daß dieses im Kern sogar Arbeitsplätze vernichtet. Sie können nicht mit halbherzigen Reformvorhaben oder der Rücknahme notwendiger Veränderungen die Probleme des Arbeitsmarktes der Bundesrepu-

blik Deutschland lösen. Wenn Sie die eingeleiteten Reformen in der Sozialversicherung zurücknehmen, dann werden Sie die notwendige Reduzierung der Lohnzusatzkosten gerade nicht schaffen, sondern einen Anstieg der Lohnzusatzkosten produzieren. Das wäre das völlig falsche Signal. Gerade jetzt gibt es ja Licht am Ende des Kostentunnels. Gerade in diesem Jahr freuen wir uns darüber, daß erstmals die Reformen Erfolge zeigen, daß erstmals die Lohnzusatzkostenquote in der westdeutschen Industrie um einen Prozentpunkt gesunken ist. Jetzt, wo Krankenkassenbeiträge hier und da zu sinken beginnen, jetzt, wo der Faktor Arbeit entlastet wird und Arbeitnehmerhaushalte entlastet werden, wollen Sie diese Reformen zurücknehmen, um genau das Falsche zu tun und zu befördern, was wir in Deutschland wahrlich nicht brauchen. Dagegen wehren wir uns, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Wir werden, wenn wir Arbeitnehmerhaushalte und den Faktor Arbeit nicht entlasten, ein gewaltiges Ansteigen der Schattenwirtschaft haben. Dann vertreibt man Arbeitsplätze aus Deutschland ins Ausland. Dann sorgt man für die Grundlage von Schwarzarbeit, von illegaler Beschäftigung, von Ausdehnung von 620-DM-Jobs, wenn man nicht bereit ist, die reguläre, legale Arbeit wirksam zu entlasten. Deswegen können wir Sie als Landesregierung nur auffordern, im Bundesrat anders als in den letzten Jahren, nämlich reformbereit und modernisierungsfähig, aufzutreten, statt nur von Modernisierung zu schwätzen und im Realen Oskar Lafontaine zu folgen.

(Beifall bei der CDU)

Die Veränderungen, die unser Land notwendigerweise auf dem Gang ins nächste Jahrhundert braucht, haben Unbequemlichkeiten zur Folge. Sie erfordern die Bereitschaft, auch notwendige, auch schmerzliche und unpopuläre Dinge zu verkünden. Aber bei Ihnen, Herr Schröder, wird immer klarer: Sie wollen schwimmen, ohne sich naß zu machen, und merken dabei gar nicht, wie Deutschland und auch Niedersachsen baden gehen. Das ist die Quintessenz Ihrer Politik.

(Beifall bei der CDU)

Die Regierungserklärung vom gestrigen Tage steht ganz unter dem Motto, das wir schon am 9. März

in einer Illustrierten lesen konnten. Da wurde Ihnen aus einer Sitzung in den Mund gelegt: Große Reformen darf die neue Riege bis zum Bonner Showdown nicht anpacken. Kein Risiko! Vermasst mir nicht meine Wahl! - Das ist Ihre Kernaussage auch gestern in der Regierungserklärung gewesen. Nichts tun, nichts hören, nichts sagen, nichts machen - einfach nur darauf warten, daß einem die Macht zufällt. Ich halte es für eine nationale Katastrophe, wenn man so Politik versteht, einfach nur die Hände in den Schoß zu legen, statt zu gestalten.

(Beifall bei der CDU)

Von der Regierung, die auf die Verfassung des Landes vereidigt ist, müssen wir doch erwarten, daß sie in ihrer Regierungserklärung für fünf Jahre sehr deutlich macht, welchen Sparkurs sie fahren will, um im Bereich Arbeit und in den Bereichen Bildung, innere Sicherheit und soziale Sicherheit Prioritäten zu setzen. Dazu haben wir gestern nicht einmal Ansätze gehört.

Wir haben bereits 1994 deutlich gemacht, daß wir zur Gemeinsamkeit bereit sind. Wir haben damals Initiativen zur Haushaltskonsolidierung, Anträge zu den Doppelhaushalten wie auch zur Verwaltungsreform gestellt. Dies ist von den Sozialdemokraten in den letzten Jahren arrogant zurückgewiesen worden. Ich halte es für einen großen Fehler, daß man nicht bereit ist, die Treppe von oben zu fegen, daß man nicht bereit ist, auch durch Symbole klarzumachen, daß man bei sich selbst anfängt, den Gürtel enger zu schnallen, indem wir beispielsweise den Landtag verkleinern - was schon in der letzten Legislaturperiode an den Sozialdemokraten gescheitert ist - und indem wir Ministerien einsparen.

(Senff [SPD]: Bei Ihnen haben wir das doch schon erfolgreich gemacht!)

Statt dessen hat man als erstes trotz aller frauenpolitischen Ankündigungen der Sozialdemokratie das Frauenministerium abgeschafft. Bei der Sozialdemokratie machen sich wieder die Männer breit. Man hat es auf eine Staatssekretärin reduziert. Man hat den Frauenanteil im Kabinett halbiert. Man hat an dieser Stelle recht rücksichtslos angesetzt, aber ansonsten bei dieser Landesregierung alles beim alten gelassen, ohne ein wirksames Signal der Bereitschaft zum Sparen zu setzen. Was die Situation des Frauenministeriums besonders

schlimm erscheinen läßt, ist, daß Frau Alm-Merk gezwungen werden mußte, diese Aufgabe zu übernehmen, was ja dazu führen wird, daß sie dann entsprechend lustlos wahrgenommen wird.

(Zustimmung bei der CDU)

Man hat die Chance vertan, Ministerien zusammenzulegen. Man hat die Chance vertan, wirksame Signale zur Bereitschaft zum Sparen zu setzen, und man hat die Chance vertan, Sachverstand von außen einzubinden. Sie wissen selbst am besten, wie notwendig Sie diesen Sachverstand gebraucht hätten. Wenn Sie es in Niedersachsen seit acht Jahren nicht schaffen, Sachverstand von außen einzubinden, wer soll Ihnen dann eigentlich glauben, daß Ihnen das in Bonn gelingen würde? - Kein Mensch, der Erfahrungen mit den niedersächsischen Landesregierungen seit 1990 gemacht hat, wird Ihnen glauben, daß Sie irgend jemanden von außen einbinden würden, wenn Sie dazu Gelegenheit erhielten. Das haben Sie ja gerade mit dieser Kabinettsbildung in Niedersachsen unter Beweis gestellt.

(Beifall bei der CDU)

Mancher bei uns hat sich schon gewundert, als dieses Kabinett vorgestellt wurde. Manchen hat es fassungslos fragen lassen, wie wohl der SPD-Wahlkampfslogan „Es geht auch menschlich“ in den Ohren von Frau Bührmann geklungen haben mag, so wie mit ihr umgegangen wurde.

(Zustimmung bei der CDU - Gabriel [SPD]: Sie haben doch den Rücktritt schon seit Jahren gefordert!)

Ich finde diesen Stil schon bemerkenswert, wie die Sozialdemokratie auf Plakaten bestimmte Sprüche aufführt und im täglichen Umgang miteinander genau das Gegenteil dessen praktiziert, was von den Plakaten immer groß nach draußen posaunt wird. Das ist auch ein Stück Wahrheit dieses Landes!

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Inselmann [SPD])

- Herr Inselmann, Sie sollten vielleicht einmal Frau Bührmann für sich reden lassen. Sie hat es aber vorgezogen, heute die Gesellschaft von Ihnen hier im Plenarsaal nicht zu suchen, wenn ich es richtig sehe.

(Zustimmung bei der CDU - Bartling
[SPD]: Haben Sie Probleme!)

Es ist aus dem, was hier gestern verkündet wurde, auch zu erkennen, daß im Nachtragshaushalt Illusionstheater betrieben wird. Es wird gekürzt bei den Kommunen, global gekürzt. Es werden Einnahmen aus Privatisierungserlösen erhöht. Da werden einfach makroökonomische Zusammenhänge für das Land Niedersachsen verfrühstückt: die günstigen Zinsen - historisch einmalig niedrig -, die günstigen Tarifabschlüsse. Wir als Opposition in diesem Hause betrachten es schon als ziemlich doppelbödig, wenn einerseits im Nachtragshaushalt niedrige Personalkostensteigerungen veranschlagt werden und andererseits zur selben Zeit Oskar Lafontaine beim Juso-Bundeskongreß sagt, er bedaure für die deutsche Sozialdemokratie, daß Herbert Mai und die ÖTV hätten zurückweichen müssen; es fehle ganz offensichtlich an gewerkschaftlicher Organisationsmacht; man selber habe höhere Tarifabschlüsse für die Bediensteten gewollt. - Es ist doppelbödig, daß man den Menschen nicht sagt: „Mehr können wir im Moment nicht. Wir müssen in dieser Weise vorsichtig taktieren, weil wir sonst die öffentlichen Haushalte nicht fahren können.“ Nein, der eine macht die Stimmung bei den einen, und der andere stellt sich hier hin und behauptet, es sei sein Erfolg, daß er hier einige Titel im Landeshaushalt ein bißchen absenken kann, weil die Tarifabschlüsse so vernünftig ausgefallen sind, wie sie ausgefallen sind.

Wesentliche makroökonomische Bedingungen in unserem Lande sind so hervorragend wie seit Jahrzehnten nicht mehr: die niedrigste Inflationsrate, die niedrigsten Zinsen. Es gibt derzeit in Deutschland keine schleichende Geldentwertung von Arbeitnehmer- und Rentnereinkommen, wie es sie noch unter den sozialdemokratischen Bundeskanzlern gegeben hat.

Aber das, was neben diesen makroökonomischen Bedingungen vor allem über die Zukunft entscheidet, ist der Bereich der Bildung. Volkswirtschaften - so der Amerikaner Robert Reich in einem beachteten Buch - werden sich in Zukunft durch die Qualifikation ihrer Menschen unterscheiden, wie diese motiviert sind, wie diese gebildet sind, wie diese qualifiziert sind. Vor diesem Hintergrund treibt uns der massive Bildungsabbau in Niedersachsen um. Bei 90.000 zusätzlichen Schülern gab es in den vergangenen vier Jahren

3.000 Lehrervollzeitstellen weniger. Das ist nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der CDU)

Wenn jetzt bis zum Schuljahresbeginn 2003 85.000 zusätzliche Schülerinnen und Schüler zu erwarten sind, dann hätten wir uns gestern Antworten für die Bewältigung dieses Schülerbergs und dieser Probleme bei der Unterrichtsversorgung gewünscht.

Bezeichnenderweise ist zu den Berufsschulen so gut wie gar nichts mehr gesagt worden. Hier wollen wir natürlich Taten sehen und nicht Worte hören.

Es ist gestern angesprochen worden - heute steht es in den Zeitungen -, man wolle die Lehrerfortbildung in die unterrichtsfreie Zeit verlegen. Noch im Dezember hat die Landesregierung auf unsere mehrfachen Anfragen hin erklärt, daß 1.500 Klausurtagungen von Lehrern in der Schulzeit stattgefunden haben und daß bei der Lehrerfortbildung nicht einmal 10 % der Angebote in der Ferienzeit liegen. 90 % finden also nach wie vor in der Unterrichtszeit statt.

Zu den wahrlich ein bißchen berühmten sogenannten Lehrerwandertagen hat es im Juni letzten Jahres eine Zusage des damaligen Kultusministers gegeben, dies zu prüfen. Auf das Ergebnis der Prüfung warten wir bis zum heutigen Tage.

Bei solchen existentiellen Fragen wie der Sicherung der Unterrichtsversorgung in Niedersachsen können wir nur sagen: Wir hören die Botschaft schon, aber allein uns fehlt der Glaube, daß hier wirklich etwas passiert.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich wissen wir, daß es nicht nur um die finanziellen Ressourcen im Bildungsbereich geht, sondern vor allem um die Qualitätssicherung. Ausbildungsbetriebe und Kammern erklären uns, daß es an elementaren Grundkenntnissen im Lesen, im Schreiben und im Rechnen fehlt. Zu diesem Thema haben wir gestern für die Ausbildungsbetriebe wieder nur weiße Salbe gehört. Ein neues, praxisorientiertes Hauptschulkonzept haben wir ebenso vermißt wie Lösungen für die Bewältigung der steigenden Zahl von Schülern ohne Schulabschluß, vor allem ohne Hauptschulabschluß. Wir gehen jetzt in eine neue Legislaturpe-

riode, und an den Hauptschulen in Niedersachsen wird jede fünfte Lehrerstunde inzwischen nicht mehr unterrichtet.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt nicht!)

Wir haben einen gewaltigen Rückgang der Unterrichtsverpflichtung an den Hauptschulen und dort den größten Unterrichtsausfall. In einer Zeit, in der wir von Gleichheit der Bildungschancen reden sollten, kann hiervon keine Rede mehr sein. Wenn Picht, Dahrendorf und andere Bildungsreformer der 50er und vor allem der 60er Jahre wüßten, was die 68er aus der Situation an den Schulen gemacht haben, würden sie sich wahrlich über die Entwicklung aufregen, die Gerhard Schröder und andere in den Bundesländern, in denen sie Verantwortung tragen, zu verantworten haben.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen, daß Konsequenzen daraus gezogen werden, daß Wissen immer schneller veraltet und daß sich der Zuwachs des aktuellen verfügbaren Wissens immer mehr beschleunigt. Wir brauchen daher wirksame Schritte zur Verkürzung der Schul-, Studien- und Ausbildungszeiten und eine Straffung der Inhalte. Im Wahlkampf hieß es bei der SPD, man wolle die Schulzeiten verkürzen. Nach der Wahl, meine sehr verehrten Damen und Herren, höre ich von den Sozialdemokraten zu diesem Thema nichts mehr. Man will offensichtlich auch dort alles belassen, wie es ist. „Weiter so, Niedersachsen“, das ist auch in der Schulpolitik Ihre Devise, und die reicht uns nicht.

(Beifall bei der CDU)

Vieles andere, was auch im SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl steht, hat man hier schon gar nicht mehr ansprechen mögen, weil wir das hier schon kennengelernt haben. Als Beispiel nenne ich die vollmundige Ankündigung, man wolle die Mittel für Bildung, Forschung und Wissenschaft innerhalb von fünf Jahren verdoppeln. Da Sie in Niedersachsen bei der Ankündigung der Verdoppelung 300 Millionen DM und 1.288 Stelleneinheiten gestrichen haben, werden Sie dies schon gar nicht mehr anführen mögen.

Die Zeichen der Zukunft werden von der Landesregierung ignoriert. Angesichts des Fachkräftemangels in der Kommunikationswirtschaft hat zwar auf der CeBIT jeder Vertreter der Industrie

gefordert, daß man dafür sorgen solle, mehr Ingenieure auszubilden. Aber in Niedersachsen wurden - beispielsweise in Hildesheim - Informatik und Wirtschaftsmathematik gestrichen. Bei internationalen und nationalen Schülerwettbewerben schneiden die niedersächsischen Teilnehmer besorgniserregend ab.

(Zuruf von Ministerpräsident Schröder)

- Herr Schröder, wenn ich die Reden nachlese, die Sie hier gehalten haben, und wenn ich mir Ihre Entwicklung und die Veränderungen Ihrer Positionen vor Augen führe, muß ich sagen: Mir steht eine große Zukunft bevor.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Wenn Sie denn einmal aufblicken wollen: So ist das nun einmal, wenn man hier im Landtag sitzt. Manche haben sicherlich Probleme damit, Niederlagen zu verarbeiten. Sie haben gestern aber ganz sicher Glück gehabt, daß Sie nicht vor Selbstüberzeugung und Arroganz und Larmoyanz geplatzt sind.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Wir machen uns schon Sorgen darüber, daß bei Schülerwettbewerben und bei Studentenwettbewerben die Sieger aus Baden-Württemberg und Bayern kommen, daß Niedersachsen bei der Biotechnologie exzellente Ausgangsbedingungen hatte, jetzt aber in Gefahr ist, den Anschluß zu verpassen, daß die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ im Zusammenhang mit der Multimedia-Initiative, im Zusammenhang mit Programmen wie „Schulen an das Netz“, im Zusammenhang mit Programmen wie NESSI und vielem anderen mehr vor wenigen Tagen kommentieren mußte: Peinlich, einfach nur peinlich. An der Spitze der technischen Bewegung stehen die geplanten Projekte der Landesregierung meist nicht mehr. Immer noch ist in den Image-Broschüren überall von Plänen die Rede und höchst selten von Ergebnissen.

Es ist die Wahrheit, daß wir im Bereich der Rundfunkmonopolbrechung, im Bereich neuer Medien, neuer Chancen und neuer Arbeitsplätze Ende der 80er Jahre in Deutschland ganz vorn lagen, daß seitdem 100.000 Arbeitsplätze in Bayern und Baden-Württemberg, im Großraum München, entstanden sind, nicht aber hier in Niedersachsen, wo

wir sie dringend hätten brauchen können, meine Damen und Herren von der SPD!

(Beifall bei der CDU)

Nach acht Jahren Regierung reicht es nicht, einfach allgemein über eine neue Kultur der Selbstständigkeit, über Existenzgründungshilfen und -initiativen zu sprechen. Niedersachsen hat 1994 die Förderung von Existenzgründern gänzlich eingestellt und nur noch auf Bundesprogramme verwiesen. Wir hätten uns von der Regierungserklärung versprochen, daß man präzise und konkret sagt, wie man jungen Existenzgründerinnen und -gründern zur Seite stehen will, wie man ihnen bei der Überwindung von Hürden helfen will, wie man ihnen Lotsen beim Überspringen von Klippen bei Behörden, bei Banken und im Geschäftsleben an die Hand geben will. 61 % der Existenzgründer scheitern gerade an Informationsdefiziten, über 50 % an nicht verfügbaren Kapitalhilfen. Sie aber haben für die fünf Jahre, die vor uns liegen, nichts Präzises geboten.

Wir wollen ein anderes Denken an den Schulen über Unternehmertum, über neue und selbständige Existenzen. Wir wissen heute, wie wichtig gerade dieser Bereich im Denken, im Lebensgefühl der jungen Generation ist. Dazu wünschen wir uns nicht nur vollmundige Ankündigungen, sondern eine wirksame Umsetzung dieser Ankündigungen. Dazu ist aber alles allgemein geblieben. Man hat nicht einmal Bereitschaft gezeigt, die Fehler der Vergangenheit auszumerzen, beispielsweise das Innovationsassistentenprogramm des Landes im Handwerk wieder aufleben zu lassen. Man hat gestern nicht erkennen können, daß der Förderwarrirrwarr des Wirtschaftsministeriums mit Kleinstprogrammen im mittelständischen Bereich in effektive Hilfen, effektive Programme zusammengefaßt werden soll. Statt dessen hat man gelangweilt wiederholt, was wir schon tausendfach von seiten der Landesregierung angekündigt bekommen haben.

Wider besseren Wissens sprechen Sie von einem Anstieg der Investitionsausgaben in Niedersachsen. Dabei blenden Sie aus, daß Sie die Investitionsausgaben bereits - verfassungswidrig! - zu hoch angesetzt haben, daß sie also viel niedriger sind, als Sie dies angesetzt haben. Diese Investitionsausgaben führen Sie dann auch noch im Laufe des Haushaltsjahres zurück. In Wahrheit hat Niedersachsen die niedrigste Investitionsquote aller

westdeutschen Flächenländer. Darüber können Tricks nicht hinwegtäuschen, wie Sie sie angewandt haben.

(Beifall bei der CDU)

Die Investitionsquote werden wir nur steigern, wenn wir die Verwaltungsreform in Niedersachsen voranbringen. Eine Regierung, die 1990 begonnen hatte, 10.000 Stellen zusätzlich zu schaffen, ist wahrscheinlich vom Ansatz her bereits überfordert, über Schönheitsreparaturen und bloße Umbenennung irgendwelcher Ämter hinauszukommen. Der Bund der Steuerzahler hat vor einigen Wochen in einer Broschüre dargelegt:

„Erfolgsmeldungen über die Verwaltungsreform in der niedersächsischen Ministerialbürokratie vermitteln den Eindruck, als befände sich Niedersachsen auf bestem Weg zur schlanken Ministerialverwaltung. Dabei gerät in Vergessenheit, daß sich die Ministerien in vorhergehenden Jahren um so stärker mit Kompetenzen und Personal vollgesogen haben.“

(Beifall bei der CDU)

Der Bund der Steuerzahler hat die Statistik- und Buchungstricks der Landesregierung, vor allem des Innenministeriums, entlarvt. Es hat schon seine Gründe, warum Niedersachsen mit 43 % die höchste Personalausgabenquote aller westdeutschen Flächenländer hat. Statistische Tricks sollen den Eindruck erwecken, es seien seit 1995 7.000 Stellen wieder eingespart worden. Dabei handelt es sich in vielen Fällen um kw-Vermerke. Das heißt, die Stelle kann dann wegfallen, wenn der Stelleninhaber altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet.

(Gabriel [SPD]: Wie würden Sie es machen?)

- Wir würden es genauso machen.

(Lachen bei der SPD)

Wir würden das aber nicht so darstellen, als sei die Stelle weggefallen. Denn „kw“ heißt „kann wegfallen“, nämlich wenn sie frei wird.

(Gabriel [SPD]: Künftig wegfallend! Nicht „kann“! Sie kennen sich noch nicht einmal im Stellenplan aus!)

- Sie kann wegfallen, wenn der Stelleninhaber altersbedingt ausscheidet. Herr Gabriel, Sie sollten sich hier nicht so aufplustern. Ich bin erst seit drei Jahren und ein paar Monaten in diesem Parlament. Ich erlebe jetzt mit Ihnen den dritten sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden. Ich wünsche Ihnen wirklich Erfolg, daß Sie sich etwas länger halten als Ihre Vorgänger.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Gabriel [SPD])

Das liegt aber mehr daran, Herr Gabriel, daß Sie eventuell auf Entsorgung hoffen. Wenn die Landesregierung als Entsorgungsfall angesehen wird, dann haben Sie im Laufe der nächsten fünf Jahre auch eine Chance, Minister zu werden. Das ist sicher wahr.

(Beifall bei der CDU)

Es ist ja für die Öffentlichkeit schon interessant, einmal zu erfahren, mit welchen Buchungstricks hier gearbeitet wird. Da hat das Landeskabinett 1995 11.225 Stellen bei der Uniklinik Göttingen und den Medizinischen Hochschulen sowie drei Modellhochschulen aus dem Stellenplan des Landes ausgegliedert, und anschließend sagt man, man hätte weniger Personalausgaben des Landes als 1990 unter der Albrecht-Administration. Wenn ich 11.000 Stellen herausnehme, die aber weiter als Stellen bestehen - demnächst werden Sie sie noch als Investitionen behandeln, weil Sie diesen Modellhochschulen Zuschüsse zahlen, und werden dann noch die Investitionsquote steigern -, ist das doch keine seriöse, keine solide Verwaltungsreform. Das ist Zahlenakrobatik, das ist ein Statistick. Den werden wir Ihnen hier weiterhin vorhalten, weil das zu einer wirksamen Opposition dazugehört.

(Beifall bei der CDU)

Aus der Antwort der Niedersächsischen Landesregierung auf unsere Anfrage aus dem Mai letzten Jahres geht im übrigen hervor, daß in der Zeit von 1994 bis 1997 keine nennenswerten Stelleneinsparungen erfolgt sind. Zwischen 1994 und 1997 ergibt sich danach ein Stellenabbau von 1.599 Stellen in der Landesverwaltung. Wenn man 1.599 Stellen abgebaut hat, sollte man als Ministerpräsident nicht behaupten, man hätte das Dreifache an Stellen abgebaut, wie Sie, Herr Ministerpräsident Schröder, es hier gestern vor dem Plenum des

Landtages gemacht haben. Das, was Sie hier bieten, ist schlicht unseriös.

(Beifall bei der CDU)

Wir hätten uns gewünscht, daß wir etwas über die überflüssigen Landesämter gehört hätten, über den Abbau kommunaler Standards, über Privatisierungen, über Aufgabenkritik und Aufgabenreform. Aber wieder gab es nur Sprüche und wolkige Ankündigungen, nunmehr wolle man die Aufgabenkritik etwas ernster nehmen, nunmehr wolle man die Aufgabenkritik intensivieren. Was machen wir denn seit vielen Jahren? - Wir haben doch Vorschläge der entsprechenden Sachverständigenkommissionen vorliegen! Aber Sie müssen den Mumm, den Mut haben, das, was Ihnen die Sachverständigen empfehlen, dann auch umzusetzen, statt sie in die Emigration zu treiben und zur Aufgabe ihrer Ämter zu zwingen, wie es in den letzten Monaten der Fall gewesen ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich gehe mit dem, was der neue Finanzminister in einem Interview am 24. März im „Weser-Kurier“ gesagt hat, völlig konform:

„Große Einsparungen sind nur dann erreichbar, wenn die Aufgabenkritik ernsthaft umgesetzt wird.“

Das müssen wir jetzt tun. Dazu, was von der Aufgabenkritik, die vorliegt, umgesetzt werden soll, haben wir nichts, aber auch rein gar nichts gehört. Das ist so ähnlich wie mit der Region Hannover: Vor der Wahl die Journalisten begeistern „Wir machen hier eine neue Region Hannover“, und nach der Wahl sagen „Wenn etwas im Konsens zustande kommt, dann machen wir es vielleicht, und wenn es keinen Konsens gibt, machen wir nichts“. Das ist vor der Wahl und nach der Wahl nach sozialdemokratischer Lesart. Das geht mit uns aber nicht.

(Beifall bei der CDU)

Es ist eine Einstellungssache: Weniger Staat, weniger Bürokratie, mehr Freiräume, mehr Freiheit für wirtschaftliche Dynamik und Prozesse, die auch wieder soziale Sicherheit ermöglichen und nicht einen Raubbau an Zukunft bedeuten. Wir sind für eine solidarische Gesellschaft, in der der, der für andere, die die Leistung nicht so erbringen können, mehr leistet, nicht, wie in einer Neidge-

sellschaft, dafür Vorwürfe bekommt. Wir sind für eine solidarische Gesellschaft, in der alle miteinander zusammenarbeiten und sich Herausforderungen gemeinsam stellen. Aber was Sie im Bereich des Denkens der Verwaltung, des obrigkeitsstaatlichen Denkens zutage fördern, basiert gerade nicht auf dem Miteinander, auf dem Vertrauen der unterschiedlichen Instanzen und Ebenen zueinander, sondern das basiert auf einem völlig überzogenem Staatsverständnis, auf völlig überzogener staatlicher Bürokratie. Es fehlt an Kraft, dies durchzusetzen; es fehlt an Vernunft, aus den Erkenntnissen Schlüsse zu ziehen.

Ich bin davon überzeugt: Die Zeit des Schwätzens, die Zeit des Wichtigtuns ist vorbei. Wir brauchen jetzt eine Zeit des Handelns, des Tuns, und daran mangelt es bei Ihrer Regierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben es auf vielen Feldern erlebt: Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, hätten wir überhaupt keine Privatisierung in Deutschland bekommen, überhaupt keinen Abbau des Staates in den Bereichen Bahn und Post. Sie - auch Herr Schröder persönlich - haben das Telekommunikationsgesetz über Jahre behindert, gemeinsam mit den Sozialdemokraten verzögert. Heute wissen wir, daß sich dort enorme Arbeitsplatzpotentiale entwickelt haben.

Wir hätten uns, wenn man hier zur Umweltverwaltung erklärt hätte: Wir sind jetzt frei, wir sind nicht mehr von einer Einstimmenmehrheit abhängig, von Frau Griefahn oder anderen. Wir werden die überzogene Verbandsbeteiligung im Umweltbereich jetzt zurückführen. Wir werden die Verbandsklage aufheben, jedenfalls für den Bereich von Deichverstärkungsmaßnahmen, weil es nicht angehen kann, daß sich Menschen fürchten müssen, nur weil die Ausgleichsmaßnahmen für die Träger der Baulast nicht mehr finanzierbar sind.

(Zustimmung von Horrmann [CDU])

Aber nichts ist passiert, nichts ist zu solchen Themen wie der Verbandsklage und der Verbandsbeteiligung, wo es an allen Ecken und Enden drückt, gesagt worden. Es ist doch nicht zumutbar, daß die Küstenbevölkerung existentiell notwendige Deicherhöhungs- und -verstärkungsmaßnahmen nicht durchgeführt bekommt, nur weil die Mittel für

Ausgleichsmaßnahmen nach dem Naturschutzgesetz nicht vorhanden sind. Hier muß die Prioritätensetzung verändert werden. Wir müssen wieder sagen: Der Deichschutz, der Küstenschutz, die Investitionen in solche Maßnahmen, das ist für uns das Vorrangige, und die Frage bestimmter überzogener Ausgleichsanforderungen ist für uns das Nachrangige. Hierzu erwarten wir von der Landesregierung Signale.

(Beifall bei der CDU)

Nun ist wahrlich niemand zu beneiden, der das Erbe von Frau Griefahn antreten muß. Frau Griefahn hinterläßt einen umweltpolitischen Scherbenhaufen. Allein die noch ausstehenden Schadenersatzprozesse werden die Steuerzahler mit weit über 50 Millionen DM belasten.

(Frau Schliepack [CDU]: Was könnten wir da im Sozialbereich machen!)

Diese Landesregierung hat eine Rechtsbruchpolitik betrieben, die in der Geschichte der Bundesrepublik einmalig ist.

(Beifall bei der CDU)

Das, was hierzu gestern von seiten des Ministerpräsidenten gesagt worden ist, ist schon ziemlich grotesk, wenn er behauptet, das gute Wahlergebnis der Sozialdemokraten in Niedersachsen sei auf die Politik Monika Griefahns zurückzuführen. Diese „hoffnungsvolle junge Frau“ - um mit Ihren Worten zu sprechen - haben Sie doch im Wahlkampf versteckt, Herr Schröder. Am Wahlabend ist sie wieder aufgetaucht, als sie in erster Reihe das Wahlergebnis gefeiert hat, mit der Forderung, sie wolle nunmehr bis September, wenn sie in den Bundestag gehe, Umweltministerin bleiben. Warum haben Sie dem Land dies eigentlich nicht gegönnt, Herr Schröder, daß sie bis zum September Umweltministerin bleibt?

(Beifall bei der CDU)

Man kann doch auch einmal zugeben, daß man da in den letzten Jahren gelitten hat. Man kann doch auch einräumen, daß man da in Abhängigkeit geraten ist, daß man sozusagen die Macht in Bonn reklamiert hat, aber hier nicht einmal die Macht hatte, Frau Griefahn zu entlassen, was dringend notwendig gewesen wäre.

(Beifall bei der CDU)

Aber manchmal will man ja nicht einmal an das erinnert werden, was man noch letzte oder vorletzte Woche gesagt hat.

Wir bedauern beispielsweise, daß VW in Großbritannien nicht zum Zuge gekommen ist. Aber Sie haben sich in Großbritannien natürlich auch ziemlich blamiert,

(Gabriel [SPD]: Klar!)

als British Steel als ausländischer Investor in Niedersachsen Gespräche führte. Ihre Philosophie im Wahlkampf war: Wenn hier ein ausländischer Investor Arbeitsplätze sichern und ein Unternehmen übernehmen will, dann werden diese Arbeitnehmer Österreicher. Jetzt mußten die Engländer nach Ihrer Logik und Philosophie natürlich annehmen, daß sie alle Deutsche werden würden, wenn sie von VW übernommen würden.

(Beifall bei der CDU)

So rächt sich dann manche Platttheit schneller, als man das selber meint und denken mag.

(Biel [SPD]: Gestehen Sie doch einmal Ihren großen Fehler ein; das war doch ein riesengroßer Fehler!)

Dann hatten wir hier im Landtag gestern eine schöne Szene, als Herr Möllring einen Zwischenruf machte, was in diesem Hause, wenn ich Sie so beobachte, nicht so ungewöhnlich ist. Dazu wurde von seiten des Ministerpräsidenten erklärt, er sei der Retter der Conti in Hannover. Er hat hier mit großen Worten feindliche Übernahmeversuche der Conti AG gebrandmarkt und gesagt, bei ihm sei das alles in guten Händen. Herr Schröder, Sie setzen auf die wirtschaftspolitische Vergeßlichkeit der Menschen bei ihren eigenen Fehlern. Denn Herr Möllring hat danach gefragt, wer denn damals das Essen gehabt, wer denn damals das Gespräch geführt hat. Sie waren es doch, der Herrn Pirelli aus Italien bei italienischem Essen aufgefordert hat, seine Übernahmebemühungen fortzusetzen. Sie haben dann am 20. September 1990 in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ gesagt:

„Ein Zusammenlegen der beiden Reifenkonzerne Conti und Pirelli erscheint aufgrund der angespannten Situation auf dem Weltreifenmarkt ohne Einschränkung eine überzeugende Lösung zu sein.“

(Frau Zachow [CDU]: Aha!)

Für beide Unternehmen, so der Ministerpräsident, sei der Zusammenschluß eine Überlebensfrage, so daß die Frage, wer wen übernehme, gar nicht im Vordergrund stehe. Er sehe keinen Grund, an der Seriosität der Pirelli-Manager zu zweifeln.

Herr Schröder, in Ihrem Buch „Reifeprüfung“, das Sie haben schreiben lassen,

(Heiterkeit bei der CDU)

mußten Sie selbst eingestehen, hier einen dicken Bock geschossen zu haben. Wenn Sie jemand in einem Zwischenruf darauf hinweist, daß Sie in dem Zusammenhang einen dicken Bock geschossen haben, dann sollten Sie nicht uns sagen, daß wir bescheidener werden sollten, sondern dann sollten Sie selbst als Wirtschaftsdilettant ein bißchen bescheidener werden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Sie wechseln ständig Ihre Meinung, so daß Ihr neuer Fraktionsvorsitzender Gabriel schon erklärt, er könne gar nicht so viele Zeitungen abonnieren, um ständig zu erfahren, welche Meinung Sie gerade vertreten.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Gabriel [SPD]: Sie müssen den zweiten Satz dazu lesen! Den haben Sie natürlich verschwiegen!)

- Was haben Sie denn noch gesagt?

(Gabriel [SPD]: Das wissen Sie nicht, nicht wahr? - Lachen bei der SPD)

- Wissen Sie, Herr Gabriel, wenn ich Ihre Interviews auswendig lernen würde, dann wäre ich wirklich ungeeignet für den Posten, den ich wahrnehme.

(Gabriel [SPD]: Sie haben aber faule Redenschreiber!)

- Im Gegensatz zu Ihnen lese ich noch selber und verstehe es sogar.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der CDU - Gabriel [SPD]: Herr Wulff, der war gut!)

- Wir sehen uns demnächst! - Wissen Sie, Herr Schröder, Sie müssen jedes Jahr ein neues Buch

schreiben lassen, weil Sie jedes Jahr Ihre Meinung geändert haben. Im nächsten Buch werden Sie als Retter von Conti erscheinen, und im übernächsten Buch werden Sie als Wegbereiter der deutschen Einheit erscheinen. So sind wir darauf vorbereitet. Das ist gar keine Frage.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Nur, wahr ist eben: Wäre Ihre wahnsinnige wirtschaftspolitische Strategie damals umgesetzt worden, dann wäre Conti in Hannover heute nicht mehr existent. Conti wäre plattgemacht worden. Das ist die Wahrheit zum Thema Conti. Insofern war das, was Sie gestern geboten haben, dreist und unwahr. Wir lassen Ihnen das in dieser Debatte um die Regierungserklärung nicht durchgehen.

(Beifall bei der CDU)

So könnte man, wenn man es denn in aller Länge machen wollte, Bereich für Bereich durchgehen. Sie sprechen in der Regierungserklärung wie eine neu angetretene Landesregierung, wenn Sie denn neu angetreten wären - aber Sie regieren ja schon seit acht Jahren -, von der Förderung regenerativer Energien und einem Ansatz von 2 Millionen DM. Dieser Ansatz dürfte in etwa dem Ihres Repräsentationsfonds als Ministerpräsident entsprechen. Sie sprechen von der Förderung regenerativer Energien, aber die Förderung von Windanlagen wurde 1995 in Niedersachsen eingestellt. 1995 war auch der Zeitpunkt, als man sich aus der Förderung von Solaranlagen still und klammheimlich zurückgezogen hat. Auch die vollmundigen Versprechungen zum Ökofonds haben sich im nachhinein als unwahr entpuppt. 1994 hatten Sie angekündigt, Sie würden 250 Millionen DM für den Fonds bereitstellen. Tatsächlich waren es 200 Millionen DM, und davon ist wegen der Aussetzung der Förderung noch nicht einmal die Hälfte abgeflossen. Daran zeigt sich, was man von der Einlösung von Ankündigungen halten kann.

Sie haben gestern zu Arbeitsplätzen im ländlichen Raum, in der Agrarindustrie, in den vor- und nachgelagerten Bereichen der Landwirtschaft, Stellung genommen. Wir stellen fest, daß im Landeshaushalt der Landesagraretat von 1,3 Milliarden DM zu Antritt Ihrer Regierung auf inzwischen unter 700 Millionen DM im Jahre 1998 zusammengebrochen ist. Das ist eine Kürzung um 50 %, wie sie bei keinem anderen Ministerium zu finden ist. Über

einen gewissen Zeitraum kann man diese Tatsache ja durch Witze überdecken.

(Möhrmann [SPD]: Bleiben Sie bei der Wahrheit, Herr Wulff! Sie wissen doch genau, wie das kommt!)

Aber irgendwann merken natürlich auch die Leute, die über Witze zu lachen verstehen - zu denen ich mich auch zähle -, daß dabei finanziell für die Landwirte nichts mehr herumkommt, sondern daß die Landwirtschaft in Niedersachsen mit Ihrer Regierung verraten und verkauft ist, Herr Funke.

(Beifall bei der CDU)

Man kann natürlich das Gefühl haben, der Ministerpräsident sei der Landwirtschaft so nahe, er hätte zu Hause sogar 40 Milchkühe stehen. Aber, meine Damen und Herren, wie war das denn, als Frau Griefahn im Bundesrat Landwirte mit Ladendieben verglichen hat? Wie ist es denn gewesen, als vor kurzem im Bundesrat über die Ausgleichsregelung abgestimmt wurde? - Sie haben doch diese Ausgleichsregelung im Bundesnaturschutzgesetz verhindert und den Landwirten vorenthalten. Niedersachsen ist doch immer an vorderster Front dabei, wenn es darum geht, den Landwirten in Deutschland Schwierigkeiten zu machen. Dabei wird eben vergessen, daß wir Agrarland Nr. 1 sind und Agrarland Nr. 1 bleiben wollen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist immer so nett, wenn man anfallende Arbeit und alle Verantwortung und Fehlleistungen auf andere abschieben kann, wie Sie es praktizieren. Das machen Sie insbesondere mit der europäischen Komponente. Nun wird die Europapolitik dieser Landesregierung erneut von Minister zu Minister gerückt. Die Zuständigkeit bleibt erneut unklar. Niedersachsen dürfte seit 1990 den sechsten Minister für Europapolitik erleben, der dieses Aufgabengebiet erst einmal mitverwalten soll. Andere Bundesländer nutzen europäische Programme. Die Zahlen beweisen, daß andere Länder aus europäischen Förderprogrammen Milliarden in ihre Bereiche ziehen, während Niedersachsen die Komplementärmittel nicht immer bereitstellt und dadurch Mittel verfallen läßt.

Wir hätten uns gewünscht, daß der Ministerpräsident gestern zur Europapolitik der Landesregierung überhaupt etwas gesagt hätte, nachdem man sich in der „Bild“-Zeitung und anderswo, um be-

stimmte Klientel zu bedienen, ständig dazu einläßt. Wir merken auch, daß Europa die Menschen verunsichert. Wir merken auch die kritischen Fragen dahin gehend, was im Hinblick auf Europa jetzt noch zu erwarten ist, wie das mit der neuen Währung wird und welche Probleme Europa lösen und welche Probleme Europa schaffen könnte. Aber die antieuropäischen Einlassungen der Landesregierung in der Öffentlichkeit sind nicht dazu angetan, hier zu einem vertrauensvollen Zusammenwirken zu gelangen. Sie haben damals dem Maastricht-Vertrag im Bundesrat zugestimmt; möglicherweise ohne ihn gelesen oder verstanden zu haben. Sie haben ihm jedenfalls zugestimmt. Sie haben auch dem Zeitplan zur Einführung der europäischen Währung zugestimmt. Es ist aber eine höchst gefährliche Angelegenheit, dann, wenn man ein Kind zeugt,

(Möllring [CDU]: Das hat er ja noch nie getan!)

von einer Frühgeburt zu sprechen, wenn man sie sozusagen schon beschlossen hat. Sie sollten zumindest volkswirtschaftlich so präzise formulieren und den Menschen sagen, daß eine Verschiebung des Euro zum jetzigen Zeitpunkt für unsere Arbeitsplätze in Deutschland verheerend wäre, daß dann die D-Mark erstarken würde und daß dadurch unsere Exporte zurückgehen würden. Das ist doch nun wahrlich gemeinsame Meinung all derer, die sich zum Euro geäußert haben. Es ist aber in dieser Weise kein Wort zugunsten des Euro von Ihnen zu hören. Warum äußern Sie diese Vorbehalte? - Weil Sie das sagen wollen, was gerade ankommt, aber nicht bereit sind zu sagen, worauf es ankommt!

(Beifall bei der CDU)

Sie wissen genau, daß die Mehrheit in Deutschland derzeit eurokritisch eingestellt ist. Sie wollen Macht, Sie wollen irgendwie an die Macht. Wofür Sie sie dann nutzen wollen, wollen Sie niemandem sagen. Dafür benötigen Sie natürlich solche kritischen Einlassungen, mit denen Sie sich wie ein Zeitgeist-Surfer auf der Woge der Mehrheit bewegen. Aber dem Lande, den nationalen Interessen für Arbeitsplätze dienen Sie damit überhaupt nicht, Herr Schröder.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

In der Beilage der „Süddeutschen Zeitung“ mit den 50 Gründen, Schröder zu wählen, konnten wir

schon vor Monaten nachlesen, daß ein Grund ist, daß Schröder für den Euro ist, und ein anderer Grund ist, daß Schröder gegen den Euro ist. Leider wird so etwas allzu schnell zur Realsatire.

Am 26. März, in der letzten Woche, sprechen Sie sich in der „Bild“-Zeitung gegen den Euro aus und sprechen von einer kränkelnden Frühgeburt, die zunächst Arbeitsplätze koste. Am nächsten Tag schreibt Oskar Lafontaine, daß die SPD den Euro ausdrücklich begrüße. Hingewiesen auf den Widerspruch zwischen beidem erklärt die SPD, es gebe überhaupt keine Gegensätze in der Beurteilung der Währungsunion. Es sei so, daß Schröder die SPD-Position nur in volkstümlicherer Sprache formuliert habe.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

So kann man die Menschen natürlich auch zu täuschen versuchen. Wir aber lassen auch dies nicht durchgehen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Ich äußere mich zum Auftreten Niedersachsens im Bundesrat und zum Auftreten Niedersachsens in der europäischen Politik deshalb zu Beginn dieser Legislaturperiode so kritisch, weil wir vermeiden wollen, daß immer dann, wenn es Probleme gibt, andere - demnächst die UNO - dafür verantwortlich gemacht werden.

Als wir die Flüchtlingsboote an den italienischen Küsten sahen, wo Menschenhändler auf dem Rücken kurdischer Flüchtlinge ihr Geschäft zu machen versucht haben, hat der Innenminister erklärt, wir müßten das Schengener Abkommen aufheben, aussetzen und die Grenzkontrollen wieder national organisieren. Auch da war die Antwort dieser Landesregierung die falsche. Wir müssen nämlich europäisch zusammenarbeiten. Wir müssen zu einer gleichmäßigeren Verteilung der Flüchtlinge und zu einer gemeinsamen Sicherung der Außengrenzen kommen. Wir haben genug mit unserer Außengrenze nach Polen zu tun, als daß wir meinen könnten, wir könnten auch alle anderen Grenzen Deutschlands, beispielsweise die zu den Niederlanden, wieder errichten und sichern und. Nein, wir sind froh, daß es keine Grenzen innerhalb Europas mehr gibt. Wir müssen die Außengrenzen verstärken. Sie sollten sich zu mehr Integration bekennen, weil gerade wir Niedersachsen durch Europa, durch die Osterweiterung Chancen haben.

Wir sind Drehscheibe mitten in Europa. Werden Sie endlich europafreundlich, seien Sie nicht länger Euro-skeptisch. Wir brauchen keine Landesregierung, die niedere Gefühle gegen Europa und gegen die Integration mit anderen Ländern weckt.

(Starker Beifall bei der CDU)

Wir fragen uns überhaupt, welcher langfristige Nutzen aus diesem Zeitgeistsurfen der Verantwortlichen zu erwarten ist. Sie profitieren heute noch von wichtigen Entscheidungen der 80er Jahre, beispielsweise für die Weltausstellung EXPO 2000. Die haben wir damals erfunden, wir haben sie vorangetrieben, den Zuschlag erwirkt.

(Senff [SPD] lacht - Dr. Schultze [SPD]: Herr Schmalstieg war auch dabei!)

Dann ist sie hier oftmals zerredet worden, sie ist oftmals in Frage gestellt worden. Jetzt wollen wir sie gemeinsam. Aber man fragt sich schon zu Beginn der fünf Jahre bis 2003, was denn in dieser Zeit vorangebracht werden soll, wovon dann Menschen in Niedersachsen, in diesem Parlament und außerhalb, im Jahre 2015 profitieren könnten. Sie profitierten in den letzten Jahren von der deutschen Einheit, die Sie gar nicht gewollt haben. Sie haben dabei Zukunft verspielt. Sie haben die Ressourcen aus der deutschen Einheit nicht für Schulen, Hochschulen und den Mittelstand eingesetzt, sondern Sie haben mit die Ursachen dafür geschaffen, warum Niedersachsen und das Saarland Schlußlicht sind.

Wir erwarten, daß Sie in den nächsten Wochen mutige Entscheidungen treffen und umsetzen, daß Sie handeln, daß Sie alle nicht zwingend notwendigen kosten- und personalträchtigen Gesetze außer Kraft setzen, daß Sie einen Zukunftsfonds einrichten, daß Sie landesspezifische Abgaben aufheben und Genehmigungsverfahren beschleunigen, daß Sie für kleine und mittlere Unternehmen Sonderregelungen treffen, um Arbeitsplätze zu begünstigen. Wir erwarten, daß Sie gegenüber den Gemeinden vorschriftenfreie Strukturen schaffen, und zwar durch die Streichung von Standards und von Verwaltungsvorschriften. Wir erwarten eine Gesetzesnovelle im Schulbereich, die einen Kurswechsel hin zu einem begabungsgerechten Bildungswesen ermöglicht. Wir erwarten eine Hochschulgesetznovelle und nicht nur Ankündigungen im Hochschulbereich, eine Gesetzesno-

velle, die unserer nahekommt, die Wettbewerb, Eigenverantwortung und weniger Bürokratie wirklich ermöglicht. Wir erwarten die Vorlage neuer Gesetze auch im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung, weil wir davon ausgehen, daß sich Niedersachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern keinen minderen Standard leisten kann.

Meine Damen und Herren, eine Landesregierung sollte sich um die Schaffung von Bedingungen kümmern, damit das Land im Wettbewerb bestehen kann.

(Beifall bei der CDU)

Sie sollte nicht Wahlergebnisse in Form eines „Weiter so“ mißdeuten. Ein Bundesland braucht vielmehr zu Beginn einer fünfjährigen Wahlperiode Signale des Aufbruchs, Signale der Erneuerung, Signale des Neuanfangs. Die Devise muß lauten: Hände aus den Taschen, runter vom hohen Roß, ran an die Arbeit! Davon haben wir gestern nichts gehört.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Das Wort hat jetzt der Vorsitzende der SPD-Fraktion, der Kollege Gabriel. Bitte schön!

Gabriel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Wulff, alle Achtung. Der Beifall zeigt: Die Selbsthypnose ist gelungen.

(Beifall bei der SPD)

Nach solch einer Rede fragen Sie sich bestimmt wieder: Warum habe ich eigentlich am 1. März verloren? - Sie kommen sich nach dieser gelungenen, aufpeitschenden Rede bestimmt so vor wie der Autofahrer auf der Gegenfahrbahn, der sich immerzu fragt: Wo kommen bloß die vielen Geisterfahrer her?

(Unruhe bei der CDU)

Tatsache ist doch: Die niedersächsischen Wählerinnen und Wähler haben am 1. März 1998 nicht Ihnen, sondern der Landesregierung unter Ministerpräsident Gerhard Schröder das Vertrauen ausgesprochen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben damit ohne Wenn und Aber bestimmt, wer für die nächsten fünf Jahre den Gestaltungsauftrag erhält.

(Zurufe von der CDU)

Wir sind als Sozialdemokraten natürlich bereit, die Politik der letzten Jahre fortzusetzen. Was, wenn ich Sie fragen darf, sollte man bitteschön als Sozialdemokrat mit dem historisch besten Wahlergebnis in Niedersachsen sonst anfangen?

(Beifall bei der SPD)

Sie würden sich doch wünschen, für Ihre Politik auch mit einem solchen Ergebnis belohnt zu werden.

Meine Damen und Herren, wir sind bereit zur Kooperation mit allen gesellschaftlichen Gruppen und allen engagierten Bürgerinnen und Bürgern des Landes, und - ich sage ausdrücklich, Herr Kollege Wulff - wir sind auch bereit, mit einer konstruktiven Opposition zusammenzuarbeiten.

(Oestmann [CDU]: Das ist ja neu!)

- Für Sie ist manches neu. Das glaube ich!

(Oestmann [CDU]: Erinnern Sie sich, was Sie vor vier Jahren gesagt haben!

- Frau Harms [GRÜNE]: Für Sie ist die Rolle auch neu, Herr Gabriel! Das merkt man!)

- Daran muß man sich manchmal gewöhnen, selbst wenn man schon so lange hier sitzt.

Wir setzen bei der Lösung von Problemen, die sicherlich vorhanden sind, auf Kreativität und Innovation, und wir haben, Herr Wulff, den Willen und den Mut, zu entscheiden, schwierige Konflikte nicht zu vertagen, sondern sie nach intensiver und sachgerechter Beratung einer Lösung zuzuführen. Kooperation, Innovation und Entscheidungsfreude werden auch in den kommenden fünf Jahren die Leitlinien der SPD-Fraktion hier im Landtag sein.

Die Bürgerinnen und Bürger haben dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktion aber nicht nur den erneuten Regierungsauftrag erteilt. Sie haben nicht nur die Regierung von Ministerpräsident Schröder bestätigt. Die Wählerinnen und Wähler, Herr Kollege Wulff, haben zugleich ein

deutliches Votum für einen Politikwechsel in Bonn und in Deutschland abgegeben.

(Starker Beifall bei der SPD)

Aus Niedersachsen weht - das gebe ich zu, Herr Wulff - ein ganz kräftiger Wind durch das Land. Ich kann verstehen, daß Sie es nicht so schön finden, daß wir den Wind im Rücken und Sie ihn im Gesicht haben. Aber, Herr Kollege Wulff, alle Parteien, die SPD, die Grünen und insbesondere Sie und Ihr Parteivorsitzender in Bonn, haben die Niedersachsenwahl zur Testwahl erklärt. Auch Sie, Herr Kollege Wulff, haben ganz bewußt die persönliche Auseinandersetzung mit Gerhard Schröder gesucht und gefunden.

(Zurufe von der SPD: Und verloren! - Frau Pawelski [CDU]: Und gewonnen! Im Fernsehen gewonnen! Aber haushoch!)

Herr Wulff, es gibt viele Gründe, warum man eine Wahl verlieren kann. Natürlich werden Wahlscheidungen von den Verlierern als ungerecht empfunden. Das geht Sozialdemokraten, die gelegentlich ja auch die Erfahrung machen, wie man Wahlen verliert, nicht anders. Glauben Sie mir, zumindest was mich und meine Kolleginnen und Kollegen angeht: Auch in der Stunde des Triumphes vergißt man so etwas nicht. Das ist vielleicht auch ganz gut, weil es zur Funktionsfähigkeit der Demokratie gehört. Aber bei allem Verständnis für Ihre Verletztheit und Ihren Ärger - Ihr Umgang mit dem Wahlergebnis ist einmalig. 1994 haben Sie die Großwetterlage verantwortlich gemacht. 1998 konnte ich lesen: Es waren Wirbelstürme, Taifune und Hurricans. Ich nehme an, 2003 ist El Niño schuld, daß Sie verlieren.

(Heiterkeit und starker Beifall bei der SPD)

Sie wollten doch Politik hier im Lande machen und nicht die Wetterkarte vorhersagen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Im Ernst: Sie sind für mich bislang der Führer der größten Oppositionspartei im Lande gewesen und nicht Niedersachsens ranghöchster Wetterfrosch.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Frau Harms [GRÜNE]: Jetzt aber nicht auch noch quaken!)

Sie konnten offensichtlich nicht akzeptieren, daß Sie einen personalisierten Wahlkampf geführt haben, der dann auch personenbestimmt entschieden wurde. Sie persönlich wollten gegen Gerhard Schröder antreten, ohne jede Mannschaft, ohne Männer und Frauen an Ihrer Seite. Sie haben dafür zweimal hintereinander für die CDU in Niedersachsen das schlechteste Wahlergebnis in vier Jahren erzielt.

(Beifall bei der SPD)

Nun kann mich das als Sozialdemokraten im Zweifel natürlich nur freuen, aber wenn Sie hier so großspurig auftreten und die Schuld immer nur bei anderen suchen, dann müssen wir einmal feststellen: Diese zwei Wahlergebnisse sind Ihre ganz persönliche Bilanz. - Das, finde ich, ist in Ordnung.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in Ihrer Partei niemanden neben sich geduldet. Sie waren sich so sicher, daß Sie es allein gegen Gerhard Schröder schaffen würden. Sie waren sich allein genug. Wenn man diesen Anspruch erhebt, Herr Kollege Wulff, dann muß man sich daran messen lassen, dann muß man am Ende auch die volle Verantwortung übernehmen und darf nicht alles auf andere abschieben. Sie waren sich so sicher, weil Sie immer auf die guten Ergebnisse der CDU bei der Europawahl, bei Bundestagswahlen, auch bei der Kommunalwahl verweisen konnten. Und Sie haben recht mit diesen Verweisen: Die CDU war da wirklich besser. Aber wenn das so ist, warum fragen Sie dann nicht ein einziges Mal, warum die CDU ausgerechnet mit Ihrem personenbezogenen Wahlkampf, mit Ihrer Kampagne gegen den Ministerpräsidenten, mit Ihren zum Teil schamlosen Plakaten verloren hat?

(Beifall bei der SPD - Frau Pawelski
[CDU]: Welches Plakat war schamlos?)

Sie fordern hier moralinsauer Selbstkritik der SPD, und von Ihnen hat man nicht ein einziges Wort über die Frage gehört, ob Sie nicht vielleicht auch ein bißchen mit schuld an dem Bild haben, das die CDU in der Öffentlichkeit abgibt. Haben Sie auch nur ein einziges Mal darüber nachgedacht, ob Sie selbst einen persönlichen daran Anteil haben, ob Sie etwas falsch gemacht haben könnten? Sind es wirklich immer nur die anderen, die Leute, die in

der eigenen Partei nicht mithelfen, oder die Medien und am Ende jetzt auch noch die dummen Bürgerinnen und Bürger, die nicht richtig verstanden haben, was für tolle Politik Sie doch eigentlich machen wollen?

(Beifall bei der SPD)

Sie haben noch vor wenigen Tagen darauf hingewiesen, wie voll die Säle sind, wenn Sie sprechen.

(Möllring [CDU]: Das stimmt ja auch!)

- Ja, ja, ich glaube auch, daß die voll sind.

(Unruhe)

Aber ich will Ihnen mal was sagen, Herr Möllring: Es könnte auch daran liegen, daß die Leute merken, was Sie da sagen, und Sie deshalb nachher nicht wählen!

(Beifall bei der SPD)

Insbesondere bei Ihnen, Herr Kollege Möllring, aber auch bei Herrn Wulff merken die Leute, was für eine Sorte Politiker Sie sind. Sicher, Sie sind jung - das bin ich auch -, Sie sind berechnend und nach meinem Eindruck wirklich von maßloser Selbstüberschätzung -

(Zustimmung bei der SPD - Möllring
[CDU]: Wer?)

kein neuer Typ des Politikers, sondern ein uralter Typ des Politikers! Nun sage ich Ihnen: Ihre Kollegen im CDU-Bundesvorstand haben mir letzstens erzählt, daß Sie selbst nur den modernen Politiker spielen, es in Wahrheit aber nicht sind. - Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der SPD)

Sich heute darüber zu beschweren, daß Sie diesen selbst herbeigeredeten und herbeiplakatierten Test und die persönliche Konfrontation mit dem SPD-Ministerpräsidenten nicht bestanden haben, ist nicht nur die Reaktion eines schlechten Verlierers; es zeigt vor allem Arroganz, einen erheblichen Mangel an Fähigkeit zur Selbstkritik und das Fehlen von demokratischem Respekt vor der Wahlentscheidung. - Das ist das Entscheidende bei dem, was wir zu dieser Art der Auseinandersetzung zu sagen haben.

(Minister Aller: Sehr gut!)

Herr Wulff, nach meinem Eindruck war das heute als Antwort auf die Regierungserklärung nicht viel mehr als kalter Wahlkampfkafee, den Sie da aufgewärmt haben.

(Zuruf von der CDU: Nicht zugehört!
- Möllring [CDU]: Gucken Sie sich mal die Regierungserklärung an! Da steht doch überhaupt nichts drin!)

Ich frage mich: Wo war denn der CDU-Entwurf für das neue Niedersachsen? Wo waren denn die konkreten Beispiele?

Ich will nur an einem Beispiel aufzeigen, was wir hier über Jahre erlebt haben: Sie haben sich über Jahre im Landtag hingestellt und erklärt „Ihr müßt draußen konkrete Reformvorhaben machen“, und wenn es dann um die StÄWA ging, wenn es um die Staatshochbauämter ging,

(Möllring [CDU]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

wenn es um die Schulverwaltung ging, wenn es um die Polizeireform ging, haben Ihre Abgeordneten im Landtag jedesmal rumgejohlt!

(Starker Beifall bei der SPD - Zuruf von Klare [CDU])

- Herr Klare, Sie waren auch einer von denen, die zum Thema StÄWA in der Öffentlichkeit rumgebrüllt haben und hier im Landtag gefordert haben, wir sollten mit der Reform der Umweltverwaltung noch schneller vorangehen! Sie sind das beste Beispiel für diese heuchlerische Art der Auseinandersetzung mit der Verwaltungsreform!

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Klare [CDU])

- Herr Klare, ich schlage Ihnen vor, zum Thema Verwaltungsreform keine Zwischenrufe zu machen, sondern gelegentlich eine Rede zu halten; dann hören wir bestimmt gern zu.

(Heiterkeit bei der SPD)

Und noch etwas: Herr Wulff, wenn Sie sich schon am Tag nach der Wahl in einer für mich recht komischen Situation neben den Bundeskanzler stellen und ein Plakat mit der Aufschrift „Der nächste Kanzler muß ein Niedersachse sein“ hochhalten,

(Heiterkeit bei der SPD)

wogegen wir nichts haben,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

und dann Verdächtigungen und Verleumdungen gegen Vertreter der Volkswagen AG und deren Tochterunternehmen ausstoßen, dann haben Sie doch auch bitte den Mut, sich hier oder wo auch immer hinzustellen

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Zeigen Sie mir die Stelle!)

und sich zu entschuldigen! Das wäre doch nicht schlecht. Ist das der Typ des neuen Politikers, der den üblen Schein selbst bewirkt und sich bis heute bei den betroffenen Personen nicht ein einziges Mal entschuldigt hat?

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen Sie nicht zu entzaubern; Sie machen das selbst. Die Menschen in Niedersachsen wußten sehr genau, was sie am 1. März 1998 tun wollten. Gerhard Schröder und die SPD sind gewählt worden, weil sie in acht Jahren in Niedersachsen gezeigt haben, wie man auch in schwierigen Zeiten Politik macht, wie man Probleme angeht: in Lemwerder - - -

(Zuruf von Ehlen [CDU])

- Zum Schuldenthema kommen wir gleich noch, weil wir dazu so schöne Beispiele aus der Republik haben. Keine Sorge, ich lasse nichts aus! Sie werden heute - da bin ich ganz sicher - richtig befriedigt nach Hause gehen!

(Heiterkeit bei der SPD)

Sie haben so gewählt, weil Gerhard Schröder und die SPD die Probleme tatkräftig und entscheidungsfreudig angegangen sind und die Menschen dabei nicht unter die Räder kommen. Die Menschen haben Gerhard Schröder gewählt, weil er alltäglich den Beweis dafür angetreten ist, daß es auch anders geht als im Trott der Schlafwandler und Aussitzer in Bonn.

(Beifall bei der SPD)

Sie mögen es ja nicht gern hören, aber es ist so: Die Enttäuschung, der Widerwille und auch der Zorn über das Durchwursteln und das inzwischen unerträgliche „Weiter so, Deutschland!“ der Stillstandskoalition von Kohl, Waigel und Co., all das

hat sich am 1. März in Deutschland und beispielhaft in Niedersachsen Luft verschafft. Die Wählerinnen und Wähler in Niedersachsen haben stellvertretend für die Bürgerinnen und Bürger der Republik ihren Wunsch nach Wandel und Erneuerung zum Ausdruck gebracht. Nicht „rote Lügen“, Herr Wulff, haben den Wahlsieg herbeigeführt, sondern die schwarze Wahrheit von 5 Millionen Arbeitslosen in diesem Land. Das ist der Grund!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich will nur auf ein paar der Vorwürfe eingehen, die Sie heute in Ihrer Rede an die SPD und an die Landesregierung gerichtet haben. Ich tue das, damit nicht der Eindruck entsteht, wir könnten nicht darauf antworten; aber ich will es so kurz wie möglich machen.

Von 1990 bis 1996, sagen Sie, hätten wir 9.700 Stellen zusätzlich geschaffen. Herr Wulff, Sie irren sich. Es waren sogar 9.874 - darauf sind wir stolz, und ich sage Ihnen auch, warum -: 1.128 Polizisten, 2.869 zusätzliche Lehrer, 1.384 Stellen in den Landeskrankenhäusern, 2.115 Stellen in den Hochschulen, 761 Stellen in der Justiz. Und die übrigen waren nötig, um im Bildungsbereich und im Bereich der inneren Sicherheit die schlimmsten Hinterlassenschaften Ihres Vorgängers, Herrn Albrecht, beiseite zu räumen. Das war der Grund!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

In der allgemeinen Bürokratie haben wir bis Ende 1998 in der Tat 7.400 Stellen abgebaut. Wenn Sie sich noch einmal zu dem Thema äußern, dann - so meine Bitte - sollten Sie sich vielleicht von irgend jemandem - den wird es in Ihrer Fraktion ja geben - erklären lassen, was „kw-Vermerk“ heißt. Es sind jetzt jedenfalls trotz des Aufbaus 901 Stellen weniger als zur Albrecht-Zeit. Das, finde ich, ist ein ganz gutes Ergebnis, und das kann sich sehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie mehr abbauen wollen, wenn Sie sozusagen das Wissenschaftsgutachten heranziehen, in dem erklärt wird, man müsse - so heißt es da - mit der Axt durch den Personalhaushalt gehen, dann wären wir Ihnen doch sehr dankbar, wenn Sie hierherkommen und sagen würden, an welchen Stellen, bei der Polizei, bei den Lehrern oder bei den Hochschulen, Sie denn weitere Stellen streichen wollen. Sich sozusagen durchzumogeln, in-

dem man immer öffentlich erklärt, es müsse weniger sein, ohne zu sagen, wo man es machen will, sich dann vor Ort hinzustellen und zu sagen „Guckt mal, die Sozis haben euch wieder weniger Lehrer gegeben“, das ist eine Politik, die zu dem Ergebnis führt, das Sie am 1. März kassiert haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Dann haben Sie gesagt, Niedersachsen habe die höchste Verschuldung. Die Zeitschrift „Capital“ schreibt dazu:

„Niedersachsens Verschuldung einschließlich der Kommunen stieg in den ersten sieben Jahren unter Schröder um preisbereinigt 21 %, davor in den 14 Jahren unter Ernst Albrecht um 71 %.“

Ich nehme an, ab sofort gilt „Capital“ für Sie als das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie.

(Heiterkeit bei der SPD)

Damit Sie es wissen, sage ich Ihnen aber: Der Chefredakteur heißt in diesem Fall nicht Karl Marx.

Der Haushalt unseres Landes war in den letzten Jahren zu 8,8 % kreditfinanziert. Der Haushalt, für den Ihre Truppen verantwortlich zeichnen, der Bundeshaushalt, war zu 17,2 % kreditfinanziert. Die Finanzexperten der CDU - manche real, manche per Diskette - sind inzwischen die größten Schuldenmajore in Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Dann heißt es, Niedersachsen sei wirtschaftlich am Ende. Ich lese es noch einmal vor, weil es so schön ist, es Ihnen vorzutragen. Gestern ist es schon einmal angeklungen. Es gibt ja jemanden, der sich in Niedersachsen ein bißchen besser auskennt als Kölner Wirtschaftsforscher, und das ist das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung - übrigens auch kein Ableger der SPD. Dieses Institut kommt in seinem Strukturbericht zu ganz anderen Ergebnissen als Sie. Dort steht:

„Nach den scharfen Einbußen der 80er Jahre“

- wir erinnern uns, wer hier damals Regierungschef war -

„hat Niedersachsen, an allen wichtigen gesamtwirtschaftlichen Kriterien gemessen, Boden gutgemacht, am deutlichsten spürbar auf dem Arbeitsmarkt, sowohl bei der Arbeitsnachfrage als auch bei der Erwerbsbeteiligung. In Niedersachsen stieg seit 1990 das Wirtschaftswachstum im Schnitt um rund 15 %“

- also in der Zeit zwischen 1990 und heute -

„und im Schnitt der westdeutschen Bundesländer nur um 10 %.“

Das sind die Zahlen, die ausweisen, daß unsere Probleme nicht hausgemacht sind, daß Sie das Land schlechtreden und daß die Politik deutlich besser ist als das, was Sie hier beschreiben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zuruf von Möllring [CDU])

- Herr Möllring, ich muß Ihnen einmal etwas sagen. Sie sind wirklich nur eine phonetische Herausforderung, keine intellektuelle.

(Heiterkeit und starker Beifall bei der SPD - Zuruf von Möllring [CDU])

- Der war nicht schlecht, nicht?

(Heiterkeit bei der SPD)

Der von Herrn Wulff vorhin übrigens auch nicht. Sagen wir: 1 : 1. Okay. Aber nach der Rede steht es 2 : 1 für uns. Das ist sicher.

Herr Wulff, ein letztes Beispiel, nämlich zum Thema Bildungspolitik. Sie haben gesagt, es gäbe einen fürchterlichen Bildungsabbau. Beim „Focus“-Schülerwettbewerb gab es vier Siegergruppen: Platz 1 ein Gymnasium aus Northeim, Platz 2 ein nordrhein-westfälisches Gymnasium, Platz 3 das Felix-Klein-Gymnasium in Göttingen und noch einmal Platz 3 ein bayerisches Gymnasium. Also sind unter den vier besten zwei niedersächsische Gymnasien. Ich finde, das ist ein gutes Ergebnis.

Zum Thema Bildungspolitik haben Sie immer erklärt, Sie wollten alle Stellen wiederbesetzen. Das wollen wir auch. Wir streiten uns darum, ob der Weg, den wir dazu gehen, in der Sache besser ist als Ihrer. Das ist aber gar nicht so schlimm. Sie haben jedoch im Wahlkampf etwas viel Schlimme-

res gemacht. Sie haben am Beispiel der Orientierungsstufe in diesem Lande versucht, zur Selektionsfunktion des Bildungssystems zurückzukommen.

(Möllring [CDU]: Das ist dummes Zeug!)

Sie wollten wieder, daß die Leute über den schweren zweiten Bildungsweg ihre Chance nutzen. Das ist Ihre Politik: bildungspolitisch zurück in die 50er Jahre.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU - Pawelski [CDU]: Wer hat Ihnen das nun erzählt? Das stimmt überhaupt nicht, was Sie erzählen!)

- Frau Pawelski, ich habe doch zum Thema intellektuelle Herausforderung schon etwas gesagt.

(Heiterkeit bei der SPD - Frau Pawelski [CDU]: Sie machen sich zum Kasper!)

Zu den einzelnen Vorwürfen will ich nicht mehr sagen, weil ich meine, daß es angemessen ist, daß der Oppositionsführer das sagt und daß wir darauf antworten. Aber jetzt geht es um die Frage, wie es in unserem Land weitergeht.

Wenn Sie schon kritisieren, daß in der Regierungserklärung zuviel Bundespolitik drin wäre, dann muß ich Ihnen sagen: Bei Ihnen war zum Land fast gar nichts drin. Von daher wollen wir versuchen, ob wir das heute miteinander ein bißchen konkreter gestalten können.

Zu Kontinuität und Wandel: Die SPD-Fraktion jedenfalls hat ihre Perspektive für die neue Legislaturperiode bestimmt. In der ersten Wahlperiode, in der Zeit der gemeinsamen Arbeit mit Bündnis 90/Die Grünen, ging es darum, die schwierigen Hinterlassenschaften der Albrecht-Ära aufzuholen: Kindergartenplätze, Lehrereinstellungen, Polizeireform und vieles andere mehr. Zwischen 1994 und 1998 ging es im Lande und auch bei uns um einen Paradigmenwechsel,

(Zuruf von Frau Harms [GRÜNE])

den Sie nicht mitgekriegt haben, Frau Harms; das ist das Problem. Deshalb war es ganz gut, daß wir es allein gemacht haben.

(Weiterer Zuruf von Frau Harms
[GRÜNE])

- Liebe Frau Harms, es ging zwischen 1994 und 1998 um etwas, was Sie offensichtlich angesichts Ihrer Magdeburger Beschlüsse bis heute nicht begreifen wollen, nämlich darum, daß sich in Deutschland insbesondere die Finanzsituation deutlich geändert hat. Ich gebe zu, es war eine schwierige Angelegenheit, diesen Paradigmenwechsel hier im Land zwischen 1994 und 1998 hinzubekommen. Ich persönlich bin jedenfalls stolz darauf, daß wir es mit einer Stimme Mehrheit geschafft haben, ohne große Brüche diese schwierigen Aufgaben zu bewältigen. Ich bin auch dafür außerordentlich dankbar, daß Gerhard Schröder der Ministerpräsident dieser Landesregierung gewesen ist und niemand anderes; das muß ich ganz offen sagen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Mit Herrn Trittin, den ich als Rhetoriker wirklich schätze, hätten wir den Paradigmenwechsel garantiert nicht hingekriegt.

Es wird in der neuen Legislaturperiode, jetzt, nach diesen beiden Abschnitten, also im dritten Abschnitt, darum gehen, wie wir die Modernisierung unseres Staates in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen können. Dieser Prozeß wird alle Politikfelder berühren. Wir müssen den Staat neu denken, neu organisieren und neu entscheiden.

(Zuruf von der CDU)

- Denken ist nicht Ihre Stärke, nicht? Das verstehe ich.

(Frau Harms [GRÜNE]: Jetzt zum nächsten Jahrtausend!)

Im Schritt in das nächste Jahrhundert, wenn es Ihnen lieber ist, stellt sich für die Bürgerinnen und Bürger, die Politik und die Verwaltungen eine neue Frage: Wieviel Staat wollen und wieviel Staat brauchen wir?

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Sparsamkeit ist nicht das Ziel der Staatsmodernisierung, sondern eine wesentliche Voraussetzung. Es geht dabei keineswegs nur um das Problem der staatlichen Finanzen und um die Kosten des öffentlichen Sektors, sondern es geht um eine grundsätzliche Neuorientierung im Politik- und Staatsverständnis

in einer sich grundlegend gewandelten Gesellschaft.

Wir wollen und müssen unseren Staat neu denken und ein neues Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft begründen. Früher hieß es: Ärmel hochkrempeln. Heute wird es heißen: Das Denken umkrempeln.

Der Staat des 21. Jahrhunderts wird natürlich auch weiterhin seine Schutzfunktion wahrnehmen, und natürlich hat er auch fürsorgerische Aufgaben. Seine Gestaltungsfunktion wird er aber viel stärker als aktivierender und animierender Staat, als Moderator und Initialzündler für Eigeninitiative, privates Engagement und Subsidiarität erfüllen. Es geht also um das Verhältnis zwischen staatlicher Vorsorge einerseits und privatem Engagement und Eigenverantwortlichkeit andererseits. Dieses Verhältnis neu zu bestimmen und dabei wirtschaftliche Dynamik, soziale Sicherung und ökologische Steuerung als Ziele gesellschaftlicher Entwicklung zu erreichen, ist die neue Herausforderung, der sich die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag stellen will.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind nicht aus ordnungspolitischen oder ideologischen Gründen für die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung. Wir wollen keinen konservativen Nachtwächterstaat, wie ihn sich Westerwelle, Henkel und offensichtlich auch Herr Möllring vorstellen.

(Zuruf von Möllring [CDU])

Wir wollen keine Balkanisierung des Sozialstaatsgebots für unsere Republik, und wir wollen nicht zurück zum sozialstaatlichen Faustrecht. Staat ist für uns im Gegensatz zu Ihnen, Herr Möllring, auch kein Schimpfwort, keine moderne Bedrohung für die Freiheit der Menschen. Der demokratische Staat ist unser Staat, ist der Staat der Bürgerinnen und Bürger. Er soll sichern und schützen, aber eben auch bewegen und lenken. Weder ist er allmächtig, noch darf er überreglementieren und erdrücken. Aber er ist eben auch die Voraussetzung für den Schutz der Freiheit, der Gewaltenteilung und der sozialen Sicherheit. Wir wollen nicht wie die Damen und Herren auf der rechten Seite dieses Hauses den Terror der Ökonomie, sondern ihren gesellschaftlichen Nutzen.

(Zurufe von der CDU)

Wir wollen wieder den Vorrang der Gesellschaft vor der Ökonomie und nicht umgekehrt.

Wir wollen also den Staat nicht abschaffen. Aber wir wollen die Kräfte des Staates stärken, indem wir ihn beschneiden und beschränken. Den Staat neu zu organisieren heißt, es geht um die Steigerung von Effizienz und Wirtschaftlichkeit, den Verzicht auf überflüssige Bürokratie und Kosten sowie die Stärkung der Bürger- und Kundenorientierung.

Konkrete Projekte werden für uns ein zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement sein.

(Vizepräsidentin Litfin übernimmt den Vorsitz)

Das Grundvermögen des Landes Niedersachsen mit einem Gesamtbuchwert von ca. 65 Milliarden DM wird immer noch von den einzelnen dezentralen Behörden verwaltet, denen die jeweilige Liegenschaft zugewiesen ist. Für alle Liegenschaften zusammen fallen hierbei z. B. Verbrauchskosten für Strom und Abwasser in Höhe von 175 Millionen DM und allein Reinigungskosten von mehr als 100 Millionen DM pro Jahr an. Für die Bauunterhaltung stehen ca. 100 Millionen DM zur Verfügung. Wir wollen ein wirkungsvolles Gebäude- und Liegenschaftsmanagement anstreben und können dadurch die Kosten senken, indem wir Reinigungs-, Bau- und Verwaltungsleistungen zentral ausschreiben.

Wir wollen die Pauschalisierung der Förderrichtlinien. Die Rückführung der Förderrichtlinien durch Pauschalisierung vor allem gegenüber den Kommunen führt auch zur Entbürokratisierung.

Wir drängen auf die flächendeckende Einführung neuer Steuerungsinstrumente - nicht nur modellhaft.

Das alles ist kein Selbstzweck. Die Haushaltsmittel des Landes sind nicht beliebig vermehrbar. Es wird künftig wesentlich darauf ankommen, durch Umschichtungen aus dem, was wir hier durch Modernisierung der Verwaltung freisetzen, im Haushalt Ressourcen für andere Schwerpunkte zu gewinnen.

(Oestmann [CDU]: Da bin ich gespannt!)

- Sie haben zu dem Thema bisher eigentlich nur Ausgaben gefordert. Ich kenne ein paar Reden von Ihnen zum Thema Landwirtschaftspolitik; da ist von Modernisierung nicht viel die Rede gewesen.

(Möllring [CDU]: Doch!)

Wir wollen neue finanzielle Handlungsspielräume für eine aktive Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik gewinnen. Wichtig für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist dabei, daß der damit auch verbundene Rückgang der Personalkosten ohne Entlassungen, sondern durch den teilweisen Verzicht auf Neueinstellungen geschieht.

Uns wird in Teilen vorgeworfen, wie wir das angesichts einer so hohen Arbeitslosigkeit machen könnten. Ich will nur sagen: Jede Mark, die wir in Investitionen einsetzen, schafft außerhalb des öffentlichen Dienstes mehr Arbeitsplätze, als durch beschäftigungswirksame Maßnahmen im öffentlichen Dienst möglich wäre.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Möllring [CDU]: Dann müßt ihr das auch tun!)

- Herr Möllring, Sie sind wirklich jemand, mit dem man sich in solch einer Plenardebatte schön unterhalten kann. Sie haben ja einen Antrag eingebracht, in dem Sie geschrieben haben, was Sie alles auflösen wollen,

(Möllring [CDU]: Ja!)

nämlich das NLÖ, das Landesjugendamt usw., und dann zum Ausdruck gebracht haben, daß Sie mit dem Geld, das Sie dadurch gewinnen, mehr Lehrer und anderes Personal einstellen würden. Sie müssen das einmal erklären, wie Sie das machen würden, ob Sie etwa Munition im Haushalt etatisieren würden; denn die Damen und Herren, die da arbeiten, werden Sie nicht los, sondern die müßten Sie weiterhin bezahlen. Das geht also nur über kw-Vermerke, von denen Ihr Vorsitzender noch nicht einmal begriffen hat, was das eigentlich heißt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir werden - damit hat Herr Aller in seinem Interview natürlich recht gehabt - den Prozeß der administrativen Verwaltungsreform der letzten Wahlperiode mit der politischen Verwaltungsreform und der Entscheidung, was wir in Zukunft nicht mehr machen, fortsetzen müssen. Der Landtag ist dabei

nach meiner festen Überzeugung nicht in der Lage, sich sozusagen im Kosmos der Einzelheiten zu betätigen. Was wir brauchen, sind vielmehr klare quantitative und qualitative Vorgaben, die die Größenordnung des einzusparenden Personals und den Mindestumfang der aufzugebenden Aufgaben benennen. Wenn wir die in der Landesverwaltung tätigen Reformwilligen ernsthaft stärken wollen, dann müssen wir ihnen auch die Tatwerkzeuge dafür in die Hand geben und dürfen uns nicht einlassen auf die Debatte mit Aktenordnern voller Begründungen, mit denen uns für jeden Einzelfall nachgewiesen wird, daß eine bestimmte Maßnahme nicht möglich ist.

Ich sage das in aller Offenheit: Es ist doch so, daß nicht nur Sie bei der CDU, sondern auch Sie bei den Grünen und natürlich auch wir bei der SPD Weltmeister in der Formulierung all dessen sind, was wir nicht möchten. daß wir gelegentlich aber nur Kreismeister sind, wenn wir aufschreiben sollen, was wir gern herbeiführen wollen. Deswegen müssen wir klare quantitative und qualitative Vorgaben machen, müssen über Beispiele, die uns helfen, selbst Druck erzeugen und dann auch Regelwerke tatsächlich abzuschaffen. Ich meine, wir sollten einmal überlegen, ob wir so etwas wie einen Elchtest bei uns hinbekommen, bei dem die Kosten und Nutzen einer Regelung gegeneinander abgewogen werden. Vielleicht muß man auch als Signal einfach einmal irgendein Gesetz abschaffen, damit ein Wettbewerb unter den Landtagen darüber in Gang gesetzt wird, wer die meisten Gesetze streicht, statt neue Gesetze zu verabschieden.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Wir begrüßen deshalb im Regierungsprogramm die Festlegung einer weiteren Rückführung der Personalausgaben in dieser Wahlperiode um nochmals 5.000 Stellen, wir begrüßen, daß mit Hilfe der Personalkostenbudgetierung der Personalhaushalt um 5 % reduziert werden soll, und wir begrüßen, daß die Zahl der in Niedersachsen geltenden Verwaltungsvorschriften bis zum 1. Januar 2001 um 50 % reduziert wird. Die SPD-Fraktion will in diesem Prozeß selbst Schrittmacher sein und den Kurs der wirtschaftlichen Erneuerung, der Modernisierung von Staat und Politik vorantreiben.

Trotz aller Chancen, die dieser Prozeß der Modernisierung unserer Verwaltung in sich birgt, muß

man sagen, daß niemand erwarten darf, daß sich unsere Haushalte dadurch in kürzester Zeit verbessern werden. Deshalb wird die SPD-Fraktion den Kurs der strikten Haushaltskonsolidierung der Landesregierung weiterhin unterstützen.

Die SPD-Fraktion wird prüfen, ob die gegenwärtig existierenden rund 200 Fachförderprogramme grundsätzlich reduziert werden können, damit wir uns auf Kernbereiche konzentrieren. Es stellt sich nämlich die Frage, ob es eigentlich Sinn macht, wenn wir als Land Förderprogramme in einer Größenordnung von 20.000 DM oder 50.000 DM auflegen.

Wir werden prüfen, ob die notwendigen Landeszuwendungen für gesellschaftliche Gruppen, für Verbände oder auch für Kommunen zeitlich befristet und grundsätzlich degressiv gestaltet werden können.

Wir wollen prüfen, ob die Mischfinanzierung zugunsten des kommunalen Finanzausgleichs weiter ausgebaut werden kann.

Wir wollen prüfen, ob die Ausweitung der Globalhaushalte und die Einführung neuer Steuerungsinstrumente schon jetzt neben den Modellhochschulen in allen Universitäten und Fachhochschulen erfolgen kann.

Wir wollen außerdem darüber diskutieren, ob eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit in der Landesverwaltung möglich ist. So wollen wir z. B. prüfen, ob ein freiwilliges Angebot zum Tausch von Weihnachtsgeld oder von Urlaubsgeld gegen Freizeit möglich ist und eine finanziell spürbare Entlastung mit sich bringt.

Das alles wird nicht von heute auf morgen gehen. Wir werden einen langen Atem brauchen. Der Erfolg dieser Politik wird davon abhängen, ob es uns gelingt, das Thema Staatsmodernisierung fächerübergreifend in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu stellen. Wir Sozialdemokraten jedenfalls sind dazu bereit.

Daß es der Landesregierung nach den Haushalten 1996 und 1997 in diesem Jahr ein drittes Mal gelingen wird, einen Haushalt ohne Fehlbetrag abzuschließen, bestätigt den Erfolg der konsequenten Sparpolitik der vergangenen Legislaturperiode.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Auch der Ministerpräsident hat gestern hierzu etwas gesagt, und es gab dazu eine ganze Reihe höhnischer Zurufe von der CDU.

(Möllring [CDU]: Was hat er denn gesagt?)

Ich will nur auf folgendes hinweisen: Die eigenen finanzpolitischen Vorstellungen von Herrn Möllring und Co. hat der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst am Ende der letzten Legislaturperiode als verfassungswidrig in den Orkus geworfen. Das ist also die Politik, die hier gemacht werden soll.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Da Sie, Herr Wulff, soviel erzählt haben über das, was Sie an Mehreinstellungen usw. gern machen möchten, habe ich mir noch einmal einen Artikel aus der „Süddeutschen Zeitung“ herausgesucht. Darin haben Sie auf die entsprechende Frage Ihrer vierjährigen Tochter gesagt: „Dein Papa sitzt wieder im Landtag und kämpft dafür, daß es mehr Kindergarten-, Schul- und Studienplätze gibt.“ Ich möchte Ihnen dazu folgendes sagen: Abgesehen davon, daß es die SPD und die Grünen waren, die gegen massiven Widerstand 90.000 Kindergartenplätze durchsetzen mußten,

(Möllring [CDU]: Das ist dummes Zeug, was Sie da sagen! - Weitere Zurufe von der CDU)

hätten Sie angesichts Ihrer finanzpolitischen Enthaltsamkeit Ihrer Tochter noch sagen sollen: „Und dein Papi hat keinen Pfennig dazubezahlt.“

(Starker Beifall bei der SPD - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Sie machen doch nur heiße Luft!)

Keines der Horrorszenarien, die die CDU in den letzten Jahren gemalt hat, ist eingetreten. Eingetreten sind allerdings die Folgen der Bonner Steuer- und Finanzpolitik von Kohl, Waigel und Co.

Was haben Sie hier im Landtag die Abschaffung der Vermögensteuer und den angeblich so segensreichen Kompromiß gelobt! Tatsache ist, daß Ihre Steuerpolitik die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer gemacht hat in Deutschland.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Möllring [CDU]: Ihr habt doch im Bundesrat blockiert!)

- Wir beide gehören ja zu den Besserverdienenden in diesem Lande. Zwischen uns besteht allerdings der Unterschied, daß ich ein bißchen Kenntnis davon habe, wie es denen geht, die nicht soviel verdienen.

(Möllring [CDU]: Das weiß ich auch!)

Ich will Ihnen das einmal vorlesen:

(Zurufe von der CDU)

- Da müssen Sie ihn nach seinem Zuruf fragen, nicht mich.

(Oestmann [CDU]: Sie sind ein aufgeblasener Frosch! - Weiterer Zuruf von der CDU: Sei nicht so arrogant!)

Ärzte mit Einkünften von 1,75 Millionen DM jährlich zahlen aufgrund der vorhandenen Abschreibungsmöglichkeiten Ihrer Regierung keine Mark an Steuern. Geschäftsführer mit einem Jahresgehalt von 3,2 Millionen DM zahlen nicht nur 0 DM Steuern,

(Rolfes [CDU]: Wer verhindert die Steuerreform in Bonn?)

sondern bekommen sogar noch eine Rückerstattung in der Größenordnung von fast 360.000 DM.

(Unruhe bei der CDU)

Das Finanzamt mit den meisten Millionären in seinem Einzugsbereich, nämlich das Finanzamt in Bad Homburg, hat im letzten Jahr mehr Steuern zurückzahlen müssen, als es eingenommen hat.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Wer hat die Steuerreform verhindert, Herr Gabriel? Sie doch!)

Das ist die Politik Ihrer Bonner Bundesregierung zum Thema Steuergerechtigkeit!

(Starker Beifall bei der SPD - Möllring [CDU]: Ihr habt doch die Reform blockiert! Das mag Ihnen ja Spaß machen, blockieren und hinterher beschimpfen!)

Wie sieht es bei den Arbeitnehmern aus? - Gleichzeitig stieg das durchschnittliche Realeinkommen der deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von 1991 bis 1997 um ganze 15 DM.

(Fischer [CDU]: Das ist genau falsch!)

Den gesamten Rest des in dieser Zeit um 880 DM gestiegenen Bruttoeinkommens haben Sie mit Ihrem hemmungslosen Raubzug gegen die Arbeitnehmerhaushalte in Deutschland wieder einkassiert.

(Starker Beifall bei der SPD - Fischer [CDU]: Genau das ist falsch! Sie haben die Entlastung der Arbeitnehmer doch blockiert!)

Und damit nicht genug: Ihre sogenannte große Steuerreform hatte beabsichtigt, die Senkung der Spitzensteuersätze über die Erhöhung der Mehrwertsteuer sowie über die Besteuerung von Nacht- und Schichtarbeit, von Lebensversicherungen und durch die Abschaffung der Kilometerpauschale zu finanzieren. Den Leuten also zuerst sagen, daß sie private Vorsorge betreiben sollten, und dann die Lebensversicherung besteuern - das ist wirklich eine ausgesprochen soziale Politik, muß ich sagen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Fischer [CDU])

Weil das alles noch nicht gereicht hat, Herr Fischer, Sie Steuerexperte, wollten Sie den offenen Rest von rund 50 Milliarden DM auf die Länder und die Gemeinden verteilen. Sie wollten in Niedersachsen noch einmal ein Steuerloch von 1,5 Milliarden DM produzieren. Niedersachsens Bürgerinnen und Bürger können froh sein, daß diese Landesregierung gemeinsam mit den anderen SPD-geführten Bundesländern Ihre sogenannte Steuerreform verhindert hat. Wir haben nicht blockiert, sondern wir haben die Fortsetzung Ihres sozialen Raubzuges gegen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland verhindert. Das ist gut so gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Damit ich nicht mißverstanden werde: Ich schätze den Ministerpräsidenten, wie er weiß, außerordentlich. Eines glaube ich aber nicht: Wenn er am 28. September Bundeskanzler sein wird, wird es in den öffentlichen Haushalten sicherlich nicht mehr Geld zum Verteilen geben. Es wird aber - darum geht es, und das ist unser Vorwurf an Sie - sozial gerechter und ökologisch sinnvoller zugehen. Das ist das Ziel einer Steuerreform. Es kann nicht das

Ziel sein, den Leuten mehr Geld aus der Tasche zu holen.

(Beifall bei der SPD)

Uns ist es zusammen mit der Landesregierung seit 1990 gelungen, einerseits wichtige industrielle Strukturen wie z. B. die Automobil- und Automobilzulieferindustrie zu stabilisieren und wettbewerbsfähiger zu machen, andererseits die spezifischen niedersächsischen Potentiale im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor konsequent auszubauen. Wir betreiben mit den begrenzten Mitteln, die ein Bundesland angesichts der Globalisierung und der notwendigen Erschließung von Weltmärkten hat, eine Wirtschaftspolitik, die erstmals in der Geschichte eines Landes zu zwar langsamen, aber schon sichtbaren Strukturänderungen geführt hat. Schon die Konjunkturumfrage der Vereinigung der Niedersächsischen Industrie- und Handelskammern - dort sind die Sozialdemokraten ja in einem schlechteren Verhältnis vertreten als hier im Landtag - im 3. Quartal 1997 meldete „optimistische Erwartungen für 1998“. Die Überschriften des Berichtes der IHK lesen sich überwiegend so: Aufwärtstrend im Großhandel. Industrie - 10.000 neue Arbeitsplätze seit März. Zulieferer im Aufschwung. Neue Arbeitsplätze bei Kraftfahrzeugherstellern. Gebrauchsgüterproduzenten - positive Erwartungen an 1998. Verbrauchsgüterproduzenten - positive Erwartungen an 1998.

Bestätigt wurde der Aufwärtstrend nur wenige Monate später durch sogenannte amtliche Daten des Landesamtes für Statistik. Die „Neue Presse“ faßte das wie folgt zusammen:

„Wir sind (wieder) wer: Niedersachsen hat sich seit 1991 besser entwickelt als viele andere Bundesländer.“

(Beifall bei der SPD)

Natürlich ist auch in Niedersachsen die Arbeitslosigkeit viel zu hoch; das ist völlig klar. Gemessen am Bundesdurchschnitt entwickelten sich neue Jobs und Arbeitslosenzahlen in Niedersachsen aber mit einem deutlich besseren Trend. Wer behauptet, die niedersächsische Entwicklung sei hausgemacht schlechter als die bundesdeutsche Entwicklung, der redet nicht nur die Anstrengungen der SPD und der von ihr geführten Landesregierung schlecht, sondern vor allem die Arbeit

engagierter Unternehmer, Gewerkschafter und Betriebsräte.

(Beifall bei der SPD)

Und Herr Wulff: Die Menschen haben auch gespürt, daß Sie nicht wirklich bei ihnen sind und ihre Probleme nicht wirklich ernst nehmen, daß Sie die Sorgen und Ängste der Arbeitnehmer und ihrer Familien z. B. in Lemwerder, in Salzgitter oder in Wolfsburg in Wahrheit nicht interessieren, sondern nur die Schau, die Sie hier im Landtag abziehen. Das ist das einzige, was Sie interessiert.

(Oestmann [CDU]: Wer da wohl Schau gemacht hat!)

Sie leben entweder in der Vergangenheit bei Ihren Vorwürfen gegenüber uns oder in der Zukunft bei Ihren persönlichen Karrierewünschen. Für die Gegenwart haben die CDU und ihr Vorsitzender jedoch kein Rezept.

(Beifall bei der SPD)

Das haben Sie in den letzten vier Jahren gezeigt, und das hat auch Ihre Rede heute wieder gezeigt. Da sitzt der Ministerpräsident, der in Niedersachsen hier und heute für die Interesse der Menschen gehandelt hat.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Das ist der Grund dafür, liebe Kollegin, die eben einen Zwischenruf gemacht hat, daß auf dieser Seite des Hauses 83 und dort 62 Abgeordnete sitzen.

(Beifall bei der SPD)

An einer Stelle hat Herr Wulff ein richtiges Thema aufgegriffen: Existenzgründungen und Selbständigkeit. Der „Focus“ schrieb: „Deutschlands“ - Deutschlands, nicht Niedersachsens! - „Zukunft ist jung, dynamisch - und arm.“ Gute Ideen im Kopf für innovative Produkte und Dienstleistungen gibt es in Deutschland viele. Oft fehlt es allerdings am notwendigen Know-how, um darauf eine Existenzgründung und neue Arbeitsplätze folgen zu lassen. Meist mangelt es aber auch am Startkapital. Was die CDU überhaupt nicht zur Kenntnis nimmt, ist, daß die Landesregierung im Herbst 1997 einen Wagniskapital-Fonds geschaffen hat. „Go Future“ wäre übrigens eine gute Abkürzung für eine niedersächsische Gründungsoffensive und für Aktivitäten zusammen mit privaten Partnern,

Wissenschaftlern, Banken, Kammern, Gewerkschaftern und vor allem auch Fachleuten aus Wirtschaft und Verwaltung. Wir wollen in Niedersachsen ein Gründungsnetzwerk schaffen, damit sich unser Land bei der EXPO 2000 nicht nur als Land mit einer modernen Wirtschaftspolitik, sondern auch als Gründerland präsentieren kann. Die Landesregierung hat zu diesem Zweck konkrete Zusagen gemacht und Forderungen erhoben und nicht nur wolkig erklärt, was alles getan werden müßte.

Insgesamt geht es um die Verzahnung der unterschiedlichen Politikbereiche zu einer umfassenden Arbeitsmarktpolitik. Innovation, Bestandspflege, Gründungsoffensive und die Förderung von Arbeitsplätzen im Umweltschutz setzen auf Erfolge auf dem ersten Arbeitsmarkt. Sie müssen verzahnt werden mit einer intelligenten Arbeitszeitpolitik und mit den Maßnahmen und Ansätzen des sogenannten zweiten Arbeitsmarktes.

(Schröder (Bad Münder) [GRÜNE]:
Warum steht das nicht in der Regierungserklärung?)

- Er muß mir doch noch etwas übriglassen. Das geht doch nicht anders. Er hat doch gestern schon lange geredet.

(Beifall bei der SPD)

Nach dem Bündnisparteitag in Magdeburg habe ich festgestellt: Ihr sprecht das nicht miteinander ab. Wir jedoch machen das.

(Beifall bei der SPD - Zurufe)

- Vielen Dank. Es war eben ein bißchen langweilig. Mit den Zwischenrufen ist es aber wieder besser geworden. - Hier liegen die eigentlichen Chancen und Potentiale eines Bündnisses für Ausbildung und Arbeit auch in Niedersachsen. Die Ideen und Projekte für mehr Beschäftigung werden im neuen Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales gebündelt und unterstützt. Der Dienstleistungsbereich wird dabei auch unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten einen immer größer werdenden Stellenwert einnehmen. Vorrangiges Ziel sozialdemokratischer Politik wird es sein, sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse zu fördern. Dienstleistungsagenturen, sozialverträgliche Zeitarbeit als Alternative zu Überstunden und kommunale Beschäftigungsinitiativen stehen dabei im Mittelpunkt. Der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

gilt auch künftig ein besonderes Augenmerk der SPD, z. B. durch die Förderung familienfreundlicher Arbeitszeitmodelle und eine Verringerung von Überstunden zugunsten von mehr Beschäftigung.

Die wichtigste Aufgabe einer engagierten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik bleibt aber die Schaffung eines ausreichenden und auswahlfähigen Angebots an betrieblichen Ausbildungsplätzen. Wenn die Shell-Studie feststellt, daß zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die Angst vor Arbeits- und Ausbildungslosigkeit zur „prägenden Generationserfahrung“ von Jugendlichen geworden ist, dann geht es um mehr als um die spätere materielle Existenz. Es geht um das Vertrauen in eine funktionsfähige Demokratie. Demokratie läßt sich eben nicht erlernen, sondern nur erleben. Wer nicht erlebt, daß eine demokratisch verfaßte Gesellschaft dazu in der Lage ist, jedem einzelnen die Chance auf Teilhabe zu geben, wer jeden Tag sieht, wie groß der objektive Reichtum ist und wie wenig Chancen man selbst hat, sich subjektiv daran zu beteiligen, der wird auf Dauer die Frage stellen, was er mit einer solchen Demokratie eigentlich anfangen soll.

(Beifall bei der SPD)

Ein Teil der gesellschaftlichen Probleme mit Kriminalität, Drogenmißbrauch oder Rechtsradikalismus erklärt sich eben daraus, daß die Kinder und Jugendlichen eine Lebenserfahrung dahin gehend machen, daß sie in unserem Lande nicht gewollt werden. Jugendliche bereiten in der Regel nicht uns Erwachsenen Probleme, sondern wir ihnen. Statt sie weiter auszugrenzen, muß es dazu kommen, daß sie Chancen und Perspektiven erhalten.

Hier liegt übrigens ein zentraler Unterschied zwischen Sozialdemokraten und offensichtlich einem Teil der CDU in diesem Hause. Ich fand es skandalös und unerträglich, daß der Vorsitzende einer christdemokratischen Partei vor wenigen Monaten in diesem Landtag beantragt hat, auffällige Kinder bereits im Grundschulalter vom Schulbesuch dauerhaft auszuschließen. Das ist ein skandalöser Umgang!

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- Entschuldigung, Frau Mundlos! Sie haben den Gesetzentwurf hier sogar noch begründet, und Ihr Kollege Klare hat im Ausschuß am Ende dann gesagt: Na gut, das mit den Grundschulen nehmen wir zurück, wir wollen sie erst ab der Orientierungsstufe ausschließen. - Das ist doch Ihre Politik mit Kindern und Jugendlichen hier gewesen!

(Beifall bei der SPD)

Sie haben es doch fertiggebracht, das nicht nur als Entschließungsantrag einzubringen, sondern als Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes. Das ist doch Ihre tolle Politik! Sie sind doch Elternrätin, wie ich höre. Wie verantworten Sie eigentlich einen solchen Umgang mit Kindern in diesem Land?

(Beifall bei der SPD)

Viel wichtiger sind Initiativen für Zukunftsperspektiven. Viel wichtiger ist ein ausreichendes und auswahlfähiges Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen. Dies ist für die SPD-Fraktion die wichtigste Aufgabe. Wir wollen Schluß machen mit dem Skandal, daß in einem der reichsten Länder der Erde jedes Jahr von neuem die Jugendlichen um einen Ausbildungsplatz betteln müssen. „Lehrstellen schaffen Perspektiven“ - unter diesem Motto werden wir auch in den kommenden Jahren unsere Ausbildungsplatzkampagne fortsetzen.

(Zurufe von der CDU)

- Ich verstehe, daß Ihnen das wehtut.

(Möllring [CDU]: Das tut überhaupt nicht weh! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Lieber Kollege Heinz Jansen, ich habe ausdrücklich vorhin gesagt - das kann nachgelesen werden -, daß es offensichtlich einen Teil von Mitgliedern der CDU gibt - „einen Teil“ habe ich gesagt -, die da ausgrenzen wollen. Ich sage hier ausdrücklich, weil wir uns gut kennen: Ich weiß genauso gut, daß es in der CDU eine Menge Leute gegeben hat, die das als genauso schamlos empfunden haben wie ich. Das sage ich ganz offen.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß doch, daß es auf der Seite der CDU ganz engagierte Kinder- und Sozialpolitiker gibt - keine Frage, das ist doch klar. Und bei uns gibt es auch ein paar Leute,

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Und es gibt in der SPD ein paar ganz andere als Sie, Herr Gabriel!)

die von manch einem wie dir was lernen könnten. Wir sind uns nicht zu schade, das zu sagen.

(Fischer [CDU]: Es gibt auch solche, die ehrlich sind und hier nicht so infam lügen!)

Aber du hast doch sicherlich Verständnis dafür, daß bei solchen Geschichten wie diesem Schulgesetz bei uns wirklich der Draht aus der Mütze geht. Das kann doch nicht wahr sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind den Gewerkschaften und Arbeitgebern für die Tarifverträge dankbar, die es im letzten Jahr erreicht haben, daß 1.500 zusätzliche Ausbildungsplätze in den IHKs in Niedersachsen dazugekommen sind. Aber wir wissen auch, daß wir 500 Ausbildungsplätze im Handwerk und 500 bei den Selbständigen verloren haben. Und natürlich macht es keinen Sinn - das sage ich in der gleichen Deutlichkeit -, immer so zu tun, als ginge es da nur um die Verteilung von Geld. Bei den Handwerksmeistern geht es darum, daß sie uns sagen: Liebe Leute, die Ausbildungsvorschriften sind so weit weg von unserem Betrieb, daß wir entweder aufgrund unserer Spezialisierung oder aufgrund dessen, was ihr da so fordert, nicht in der Lage sind, auszubilden. - Deshalb muß die Initiative in diesem Land sein, diese Betriebe zur Ausbildungsbereitschaft und zur Ausbildungsfähigkeit zurückzugewinnen. Das ist der Grund, warum die Ausbildungsverbünde, die gestern angekündigt worden sind, von so zentraler Bedeutung sind. Herr Wulff, Sie haben bloß nicht verstanden, um was es dabei geht.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen Leute zusammenbringen, die für sich allein nicht ausbilden können, die es aber miteinander können. Das heißt, wir wollen das Handwerk und den Mittelstand weiter als Rückgrat der dualen Berufsausbildung behalten, übrigens auch deshalb, weil in diesen Bereichen zwar die Zahl der Ausbildungsplätze zurückgeht, aber der Beschäftigungsstand um 3,5 % zugenommen hat. Das sind Berufe, in denen die Leute hinterher auch Arbeit finden. Das ist der Grund, warum wir uns darum

kümmern; wir machen das nicht, wie Sie glauben, aus Wahlkampfgründen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen Jugendlichen und jungen Erwachsenen wieder Lust, Kraft und auch Mut zu gesellschaftlichen Reformen und Veränderungen geben.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Kraft und Freude, das hat es aus Braunschweig schon einmal gegeben!)

- Wissen Sie, wenn Sie ausgerechnet mir sagen, ich sei kraftlos, dann glaubt Ihnen das keiner.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Herr Gabriel, Kraft und Freude, das hat es aus Braunschweig schon einmal gegeben!)

- Ich bitte, daß die Präsidentin einmal zur Kenntnis nimmt, was Herr Wulff mir gerade gesagt hat. Herr Wulff hat gerade zu mir gesagt: Kraft durch Freude, das habe es schon mal gegeben.

(Pfui!-Rufe von der SPD - Fischer [CDU]: Das hat er nicht gesagt! Er hat gesagt: Kraft *und* Freude! - Frau Harms [GRÜNE]: Hinhören, Herr Gabriel! - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Sie treten hier als Demagoge auf, das ist unerträglich!)

- Herr Wulff, bei allem Respekt: Sie schlagen eine scharfe Klinge.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Und Sie treten heute als Clown auf!)

Sie sind rhetorisch an vielen Stellen gut, sonst besser als heute. Sie schlagen eine scharfe Klinge. Aber Sie müssen sich nicht beklagen, wenn hier einer steht, der das auch kann.

(Fischer [CDU]: Aber lügt!)

Und ich sage Ihnen: Auf einen groben Klotz gehört gelegentlich ein grober Keil. Das ist der Grund, warum wir so reden.

(Beifall bei der SPD - Senff (SPD): Was macht sie denn nun? - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Litfin:

Nun lassen Sie doch Herrn Gabriel ausreden!

(Senff [SPD] und Frau Kruse [SPD]:
Nein, Sie sind dran!)

Gabriel (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Vor jeder qualifizierten Berufsausbildung steht die Schule. Neben einer aktiven Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik und dem Engagement für mehr Lehrstellen bildet die Bildungspolitik den dritten Schwerpunkt der Arbeit der SPD-Fraktion im Landtag.

Vieles hat sich in unserer Gesellschaft verändert, und es macht keinen Sinn, die Schlachten von gestern über neue Lehrerstellen zu schlagen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß sich unsere Gesellschaft neuen Herausforderungen stellen muß, und unsere Schule auch. Kinder und Jugendliche erfahren eine völlig neue Biographie. Neben deutlich mehr Freiheit und eigenen Lebensgestaltungen zerbrechen immer mehr die Familien, und es gibt immer höhere Anforderungen an Erziehung und Betreuung, auch an die Schule. Neue Technologien und der Schritt ins Informations- und Kommunikationszeitalter haben längst stattgefunden und bestimmen den Alltag von Jugendlichen und Kindern nachdrücklicher, als wir es uns vielleicht vorstellen können. Die Ergebnisse der TIMSS-Studie zeigen, daß unsere Formen des Lehrens und Lernens in Deutschland nicht zwingend optimal sind und daß wir uns stärker um die Frage kümmern müssen: Wie lernt man eigentlich am besten?

Das sind die Zukunftsfragen, denen wir uns stellen müssen - Fragen und Herausforderungen auch an unser schulisches und berufsbildendes Ausbildungssystem, die zum Teil neu, zum Teil auch alt, aber eben immer noch nicht hinreichend beantwortet worden sind.

Die bildungspolitischen Antworten von Schule auf diese Herausforderung sind nach Überzeugung der SPD vor allen Dingen in drei Bereichen zu finden: Erstens der Weg in eine Schule mit mehr eigener Verantwortung, die sich und auch der Öffentlichkeit über ihre Leistungen Rechenschaft ablegt, zweitens die Veränderung der Qualifikation und der Ausbildung unserer Lehrerinnen und Lehrer, und drittens die Öffnung von Schule, die Koope-

ration mit außerschulischen Angeboten für Kinder, Jugendliche und Eltern.

(Möllring [CDU]: Und was ist neu daran?)

- Nein, das ist nicht neu, das will ich auch nicht sagen. Nur, Sie haben doch noch nicht einmal die richtigen Fragen gestellt.

(Beifall bei der SPD)

Wissen Sie, ich hatte das Vergnügen - in letzter Zeit etwas intensiver, davor nicht ganz so intensiv -, mir Ihre schulpolitischen Reden anzuhören.

(Möllring [CDU]: Meine?)

- Nein, „ihre“ kleingeschrieben. Ausnahmsweise meine ich Sie mal nicht persönlich, obwohl Sie wirklich ein nettes Ziel bieten. - Es geht bei Ihnen wirklich immer und ausschließlich um das Thema: Wir brauchen mehr Geld. Sie können nicht sagen, wie man es finanzieren soll.

(Fischer [CDU]: Das ist doch falsch! -
Frau Pawelski [CDU]: Sie erzählen da einen Stuß!)

Sie stellen hier Forderungen in Milliardenhöhe auf und bringen keinen einzigen Deckungsvorschlag. Ich sage Ihnen: Der Ruf nach mehr Geld ist nicht nur verlogen, er verstellt auch den Blick für die inhaltlichen und strukturellen Reformen, die wir im Schulsystem brauchen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- Sie haben doch im Wahlkampf auch nur gesagt, Sie wollten jede Stelle besetzen. Mehr haben Sie doch nicht versprochen. Die einzigen, die mehr versprochen haben, waren die Grünen, und die haben hinterher gesagt, sie hätten sich leider verrechnet.

(Zurufe von den GRÜNEN)

- Da müßt ihr mal erklären, wie ihr das mit den 20.000 machen wollt. Das fände ich nicht schlecht.

(Frau Harms [GRÜNE]: Die 15.000 sind auch noch nicht erklärt!)

Daß die finanzpolitische Weisheit darin endet, die NORD/LB, Volkswagen und wen nicht noch alles zu verkaufen, das haben wir begriffen. Aber wir

wollten nicht, daß in unseren Schulklassen noch mehr Kinder arbeitsloser Eltern sitzen. Das ist der Grund, warum wir das nicht mitgemacht haben.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von den GRÜNEN)

- Es geht um die Zukunft, nicht um den letzten Wahlkampf. Ihr seid ja schlimmer als die CDU; das kann doch nicht wahr sein.

(Zuruf von Schröder (Bad Münde)
[GRÜNE])

- Lieber Kollege Schröder, einer der Gründe, warum ich zu den Grünen so wenig sage, ist, daß ich nicht noch mehr in der Wunde wühlen will und weil ich offen sagen muß: Die Grünen sind da nicht unser Hauptgegner. Ihr habt derzeit soviel mit euch selbst zu tun, daß wir euch dabei nicht stören wollen.

(Frau Harms [GRÜNE]: Wieder alles offenhalten! - Beifall bei der SPD)

Wer qualitativ neue Steuerungsmodelle will, wer bildungspolitisch Verträge aller Verantwortlichen vor Ort erreichen möchte, der muß die zu erbringende Leistung, sozusagen den bildungspolitischen Output, definieren und dafür ein Controlling organisieren. Aber er muß nicht jeden Teil des Weges für jede Schule auf diesem Weg dorthin festlegen.

Auch die zweite Antwort auf die Herausforderungen an Schule, die veränderte Lehrerbildung, muß diese Verantwortungsdebatte verinnerlichen. An der Lehrerbildung - wie übrigens in vielen anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes auch - ist die Diskussion der Berufspädagogik der 80er und 70er Jahre vollständig vorbeigegangen. Auch in der Pädagogik müssen wir für eine berufsfeldbreite Grundausbildung sorgen, um die Transferqualifikationen - nicht die Spezialisierung - der Lehrer zu erhöhen.

Der dritte Bereich ist die Öffnung von Schule. Schule ist eben nicht nur das Haus des Lernens, sondern vor allem das Haus des Lebens. Schule muß die veränderten sozialen Bedingungen im Leben der Schüler und Eltern aufgreifen. Schule ist nicht mehr nur eine Vormittagsveranstaltung. Schule ist Schule plus. Das soll heißen: In der Kooperation von Schule und Jugendhilfe, von Schule und Vereinen liegen auch die Chancen für mehr Betreuungs- und Erziehungsangebote, ohne

daß dazu zwingend mehr Geld ausgegeben werden muß.

(Beifall bei der SPD)

Dann gibt es noch die Wertedebatte innerhalb der Erziehung. Damit ich nicht falsch verstanden werde: Ich bin sehr für Leistung, Disziplin und Fleiß. Diese drei gelegentlich als „Sekundärtugenden“ bezeichneten Eigenschaften sind die Voraussetzung für gesellschaftlichen Erfolg. Aber sie müssen gepaart sein mit sozialer Kompetenz. Kein wirtschaftlicher Erfolg und keine soziale Sicherheit fallen vom Himmel. Leistungsbereitschaft und soziale Kompetenz sind die notwendigen Voraussetzungen.

Was ich allerdings nicht akzeptieren kann, ist, daß sich ausgerechnet diejenigen über Egoismus, Elitenbogengesellschaft und Leistungsunwillen beklagen, die vor 15 oder 16 Jahren in Deutschland die „geistig-moralische Wende“ eingeläutet haben.

(Beifall bei der SPD)

Die Kohlsche Wendepolitik ist mindestens ebenso gescheitert wie seine Arbeitsmarktpolitik.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Bereitschaft der Menschen zu Innovation und Kooperation wird von der Politik gemeinhin unterschätzt. Ich habe versucht zu zeigen, an welchen Schwerpunkten - ohne daß ich alle Felder abgesprochen bin - die SPD-Fraktion beabsichtigt, diese Kooperation und Innovation mit allen, die Lust haben mitzumachen, zu betreiben. Es geht um mehr Handlungskompetenz, um mehr Initiative und mehr Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger selbst. Das gilt für die Finanzpolitik, die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, für den Umwelt- und Klimaschutz, für den Bildungsbereich, für die innere Sicherheit und auch für die Sozialpolitik. „So wenig Staat wie möglich, soviel Staat wie nötig“ lautet die Devise. Es geht aber nicht um weniger Staat im Kern, sondern vor allem um einen besseren Staat.

Der international bekannte Soziologe Sir Ralf Dahrendorf hat in den letzten Jahren zwei Thesen aufgestellt. Die eine lautet: „Das sozialdemokratische Jahrhundert ist zu Ende.“ Die andere hieß: „Die Demokratie ist ein kaltes Projekt.“

Seine erste These wurde inzwischen nicht nur von der Wissenschaft, sondern auch von der Wirklich-

keit überholt. Es stimmt natürlich, daß Dahrendorf recht hat, wenn er sagt, viele der Forderungen, mit denen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im 19. Jahrhundert angetreten waren, wurden zwischenzeitlich erfüllt, weil es die politischen Kräfteverhältnisse in der alten Bundesrepublik möglich gemacht haben. Unübersehbar ist aber auch, daß die Bonner Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP einen Großteil der sozialen Errungenschaften dieser alten Republik wieder zur Disposition stellt. Nicht nur das: In ihrer Politik des organisierten Stillstands trägt sie dazu bei, den gesellschaftlichen Reichtum nach oben umzuverteilen und läßt sie die Arbeitslosigkeit weiter steigen.

Nicht das sozialdemokratische Jahrhundert muß zu Ende gehen, sondern es scheint mir, es muß gerade erst neu beginnen. Die Bonner Politik der Selbstblockade muß zu Ende gehen.

(Beifall bei der SPD)

Durch die Landtagswahl am 1. März 1998 ist auch die zweite These Dahrendorfs widerlegt worden. Die Republik ist in Bewegung geraten. Nein, meine Damen und Herren, Demokratie ist kein kaltes Projekt. Die Menschen wollen kein einfaches „Weiter so“. Sie wollen Wandel und Erneuerung. Aber sie wollen auch Kontinuität. Sie wollen auch Politikerinnen und Politiker, meine Damen und Herren, die nicht nur ihren Kopf und ihre Stimmen erreichen wollen, sondern auch ihr Herz. Eine Demokratie, die auf Freiheit, Menschlichkeit, Subsidiarität, aber auch auf Solidarität setzt, war und bleibt jedenfalls für uns immer ein leidenschaftliches Projekt. Das ist auch gut so. Die Menschen wollen von uns wissen, was auf sie zukommt. Sie wollen aber auch wissen, auf was sie sich verlassen können. Sie wissen, daß Wandel sein muß, damit es in unserem Land und in der Republik weitergeht. Sie wollen aber mitreden und mitgestalten.

Die SPD-Landtagsfraktion wird alles tun, damit die Menschen an diesem Prozeß teilhaben können. Wir werden aufpassen, daß niemand unter die Räder gerät.

Meine Damen und Herren, die Menschen wollen jemanden an der Spitze der Republik sehen, der mit Leidenschaft und Beharrlichkeit für Erneuerung, Veränderung, Gerechtigkeit

(Kethorn [CDU]: Und alles blockieren!)

und vor allem für Entscheidungsfreude steht.

(Beifall bei der SPD)

Zum Abschluß möchte ich Ihnen noch etwas Versöhnliches mit auf den Weg geben.

(Zuruf von Frau Pawelski [CDU])

- Nein, ich zitiere Sie an dieser Stelle. - Sie haben doch plakatiert: Der Beste soll es machen. - Da sitzt er!

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD - Ministerpräsident Schröder schüttelt Gabriel [SPD] die Hand - Minister Aller: Alter, das war gut!)

Vizepräsidentin Litfin:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht deren Vorsitzende, Frau Harms.

Frau Harms (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist ein historischer Moment für mich nach vier Jahren in diesem Landtag, daß die SPD-Fraktion einmal wirklich schallend und laut einem Fraktionsvorsitzenden applaudiert. Mal sehen, wie lange Sie das durchhalten.

(Zuruf von der SPD: Keine Sorge!)

Aber Herr Gabriel hat sich ja auch wirklich alle Mühe gegeben, das doch etwas Spröde und Nüchterne der gestrigen Regierungserklärung wieder wettzumachen mit diesen ganz tollen Sprüchen über die tollen Zeiten, die mit der SPD in Niedersachsen und vielleicht auch anderswo anbrechen werden. Da fehlte eigentlich nur noch der eine: Wenn morgen die Sonne lacht, das hat die SPD gemacht.

(Heiterkeit und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich habe mich ja daran gewöhnt, daß in der Politik das, was gestern ein X war, morgen schon ein U ist. Ich finde es aber wieder atemberaubend, wie Sie gestern und heute das Ergebnis der Niedersachsen-Wahl umdefiniert

haben. Ich erinnere mich nicht, wo oder von wem überhaupt ich seit dem 1. März schon einmal gehört hätte, mit dem Ergebnis der Niedersachsen-Wahl hätten die Wählerinnen und Wähler in Niedersachsen die Regierungsarbeit der SPD belohnen wollen. Ich kann es zwar verstehen - menschlich, Herr Gabriel, wie Sie es auch so oft haben einfließen lassen -, daß Sie das jetzt so auslegen. Ich kann auch verstehen, daß hier jetzt sehr viele Leute sitzen, die eigentlich alle Schröder heißen. In den Tagen nach dem 1. März waren sich aber nicht nur in Niedersachsen alle einig und waren sich nicht nur alle Sozialdemokraten in einem einig: In Niedersachsen wurde nicht in erster Linie diese Regierung bestätigt. In Niedersachsen wurde der Kanzlerkandidat der SPD gewählt.

Weil das so war, erleben wir jetzt folgerichtig den Ministerpräsidenten in Niedersachsen nur noch auf der Durchreise; irgendwo zwischen Jerusalem, Bonn und Paris liegt immer noch Hannover. Zwischen den vielen Terminen, die der Kandidat außerhalb Niedersachsens wahrzunehmen hat, kommt er zu einer Regierungserklärung hierher - für eine Zwischenzeit, wenn alles gut geht. Ich sage: Toi, toi toi. Es spricht ein Ministerpräsident auf Zeit, der seine Nachfolge doch bereits geregelt hat.

(Eveslage [CDU]: Der ist jetzt auch schon wieder weg!)

Was sich tatsächlich in Niedersachsen und in Bonn ändern wird, was sich ändern soll, das ist gestern dem Publikum nicht klargeworden. Auch Herr Gabriel hat das nicht deutlich machen können.

Kohl muß weg!

(Gabriel [SPD]: Machen Sie doch mit!)

So weit, so gut. Wir sind einverstanden. Aber sonst? - Wenn Ihre Regierungserklärung von gestern, Herr Ministerpräsident - der natürlich schon wieder einen wichtigen Termin wahrnehmen muß -, das Reformpotential, die intellektuelle Substanz, die Aufbruchstimmung und die Haltung, mit der die SPD den Angriff auf Bonn organisieren will, beschreiben sollte, dann muß ich Ihnen gestehen, daß ich mir nicht nur grüne Sorgen mache - die mache ich mir in der Tat -, sondern dann wird mir auch wirklich bange, ob so, wie das gestern hier

angeklungen ist, die Kohl-Ablösung gelingen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erst einmal zu einigen Schwerpunkten der gestrigen Regierungserklärung: Sie haben die Haushaltspolitik der vergangenen vier Jahre über den grünen Klee gelobt. Alle Vorsichtsmaßnahmen in der Haushaltspolitik seien weitsichtig ergriffen, und es sei eisern gespart worden. „Weitsichtig und eisern“ - was heißt das? Das heißt: Nach Gutdünken des Ministerpräsidenten wurde finanziert oder gestrichen. Besonders in den sozialen Einrichtungen in Niedersachsen war es unmöglich, eine abgesicherte und verlässliche Arbeit zu organisieren. Ob bei der Schuldnerberatung, den Erholungsmaßnahmen für Behinderte, den Selbsthilfegruppen oder der aktiven Beschäftigungspolitik - überall wurde eisern und ohne Rücksicht auf Verluste gespart. Uns ist vor allem eines im Gedächtnis geblieben, nämlich daß diese eiserne Politik vier Jahre lang mit Haushaltssperren gemacht wurde. Noch nie wurde ein Parlament so systematisch ausgehebelt wie in den letzten Jahren hier in Hannover.

Nichts war in der Haushaltspolitik mit Weitsicht und Dialogorientierung, die sowohl Herr Gabriel als auch der Ministerpräsident in ihren Reden heute und gestern so über die Maßen betont haben.

Nicht zuletzt die niedersächsischen Kommunen sind die Leidtragenden dieser Politik gewesen. Dazu hat inzwischen der Staatsgerichtshof geurteilt und gefordert, die kommunalen Finanzen endlich wieder auf korrekte Grundlagen zu stellen.

(Zuruf von Oestmann [CDU])

Der Ministerpräsident hat sich damit gebrüstet, im Landesdienst rigoros Stellen abgebaut zu haben und die 40-Stunden-Woche für Beamte wieder eingeführt zu haben. Das ist für uns ein besonders trauriges Kapitel. Niedersachsen ist schließlich bundespolitisch unter anderem deshalb in den letzten Jahren bekannt geworden, weil VW einen solch zukunftsweisenden Tarifabschluß geschafft hat. Dieser Tarifabschluß hat durch die Einführung der 28-Stunden-Woche geholfen, Tausende von Arbeitsplätzen zu sichern. In demselben Land, in dem so etwas in der Industrie möglich ist, tut ein Ministerpräsident so, als sei es für eine Landesre-

gierung keine Aufgabe, als größter Arbeitgeber im Lande möglichst viele Menschen zu beschäftigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bündnis für Arbeit, Herr Gabriel! Wer, wenn nicht wir? - Haben Sie eigentlich schon einmal richtig etwas von Teilzeittensive, einem wesentlichen Bestandteil sozialdemokratischer Politik in allen europäischen Ländern, gehört? Wo, wenn nicht bei den relativ gutbezahlten Stellen im Landesdienst, soll denn eigentlich Teilzeit zur Arbeitsplatzsicherung eingesetzt werden? Bündnis für Arbeit - das sagen auch Sie jetzt plötzlich wieder dauernd. Sie müssen sich aber schon entscheiden: Entweder oder, ja oder nein.

Als zweites möchte ich Ihre Vorschläge zur Schulpolitik der nächsten Jahre beleuchten. Sie wollen die 90.000 zusätzlichen Schüler mit Unterricht versorgen, indem Sie die Zahl der Lehrerstellen halten und das Lebensarbeitszeitkonto einführen. Das ist schon ein besonderes Rechenkunststück. Die bisherigen Vorgaben für das Arbeitszeitkonto bescheren Ihnen nämlich höchstens ein Viertel der notwendigen Unterrichtsstunden. Was wir gestern in der Regierungserklärung zur Unterrichtsversorgung gehört haben, was Sie heute wieder aufgegriffen haben, erfüllt in der Tat ganz direkt den Tatbestand der Wählerinnen- und Wählertäuschung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Wirklichkeit wissen auch Sie ganz genau, was kommen wird, daß nämlich ein weiterer Stundenabbau kommt, daß weiter Unterricht ausfallen wird, daß die Klassen immer größer werden.

(Zuruf von Frau Hansen [CDU])

Der Versicherung des Ministerpräsidenten, daß die Landesregierung den Lehrerinnen und Lehrern ein verlässlicher Partner sein wird, kann niemand vertrauen. Sie waren es, der einem Ministerpräsidenten nicht helfen konnte, als dieser in der vergangenen Wahlperiode einen gesamten Berufsstand als „faule Säcke“ diffamiert hat. Ihre Landesregierung hat die Verhandlungen mit der Gewerkschaft eingestellt und das Arbeitszeitkonto einfach angeordnet.

(Wernstedt [SPD]: Das ist falsch!)

Soviel noch einmal zu den gestern von Ihnen beschworenen Prinzipien des Dialoges. Schöpferische Kräfte sollten freigesetzt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN - Wernstedt [SPD]: Die haben sich selbst herauskatapultiert!)

Volle Halbtagschule - das unverzichtbare, verlässliche Konzept für Schüler und Schülerinnen, deren Eltern und insbesondere deren berufstätige Mütter - taucht bei Ihnen, in der Regierungserklärung zumindest, genausowenig auf wie die Integration Behinderter oder die Förderung und Integration ausländischer Schülerinnen und Schüler. Überhaupt findet sich kein Wort zu den Inhalten einer wirklich modernen Schule. Moderne Schule wird sich nicht in der Anschaffung von ein paar Computern - es sind immer noch viel zu wenige - erschöpfen. Moderne Schule wird erst jenseits einer gesicherten Unterrichtsversorgung möglich sein. Da kommt Niedersachsen, wenn es so weiter geht, nie hin!

Betont wurde in der Regierungserklärung gestern das Thema Ausbildung. Uns haben diese Ausführungen zu der Frage, wie wir in Niedersachsen genügend Ausbildungsplätze schaffen können, enttäuscht. Ich stelle hier noch einmal fest: Im Gegensatz auch zu den Forderungen aus der eigenen Partei hat sich der Ministerpräsident standhaft geweigert - er will ja auch hart bleiben -, eine Umlage für mehr Ausbildungsplätze durchzusetzen. Schon in den letzten Jahren hat es im Ergebnis nicht genug Ausbildungsplätze gegeben. Trotz großartiger Aktionen der betroffenen Jugendlichen weigern Sie sich beharrlich, Herr Schröder, diesen Schritt zu tun. Sie vergattern auch die neue Landesregierung zur Fortsetzung einer Politik, die in jedem Herbst mit der Einrichtung von Hotlines enden wird, den Jugendlichen aber trotzdem nicht die notwendigen Ausbildungsplätze schafft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im umweltpolitischen Kapitel haben Sie, Herr Ministerpräsident, gestern Ihren Stolz auf die Leistungen der ehemaligen Umweltministerin Griefahn betont. Ich hoffe, Frau Griefahn ist noch so wach, daß ihr dabei die Ohren geklingelt haben. Denn hier wird trotz dieses späten Lobes niemand vergessen, wer für Niedersachsen erklärt hat, Umweltschutz sei nichts für schlechte Zeiten. Sie, Herr Ministerpräsident, haben doch wider jede

Vernunft die Ökopause ausgerufen, weil angeblich der Industrie durch Umweltschutz der Lebensraum abgewürgt werde. Bei dieser Haltung, Herr Ministerpräsident, ist es nicht erstaunlich, daß wir von rund einer Millionen Arbeitsplätzen in der Umweltbranche in der Bundesrepublik in Niedersachsen nur rund 13.000 finden.

Damit die Elbtalaue, wie das gestern anklang, ein Aushängeschild für Niedersachsen wird, muß Herr Jüttner, der neue Umweltminister, noch eine ganze Menge tun. So viele Fehler, wie in diesem Verfahren zur Ausweisung des Nationalparks gemacht worden sind, gehen schlicht auf keine Kuhhaut. Daß ich damit Recht habe, weiß nicht nur Herr Funke, sondern das weiß auch der Ministerpräsident selbst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Von der Elbe noch einmal an die Ems: Wir als Grüne haben nichts Grundsätzliches gegen Sperrwerke zum Küstenschutz. Wir haben auch nichts gegen Arbeitsplätze auf Werften, auch wenn Sie nicht müde werden, uns das immer wieder zu unterstellen. Wir haben aber etwas dagegen, einen Fluß ohne Rücksicht auf ökologische und ökonomische Kriterien immer wieder den Bedürfnissen eines einzigen Betriebes anzupassen. Die Sicherheit der Arbeitsplätze in und um Papenburg ist auch mit der Summe, die jetzt investiert werden soll - sage und schreibe eine halbe Milliarde DM -, nicht gewährleistet. Was wird Herr Meyer als nächstes fordern? - Unsere Forderung, das kann ich da nur wieder sagen, ist seit vielen Jahren immer dieselbe und die einzig vernünftige: Der Umzug der Werft ans seeschifftiefe Wasser muß irgendwann in Angriff genommen werden. Nur dadurch können die Arbeitsplätze bei Meyer sicher werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Atompolitik hieß in Niedersachsen in den letzten vier Jahren Entsorgungskonsens. Dafür zeichnete wirklich nicht Monika Griefahn verantwortlich, sondern der Ministerpräsident. Restlaufzeiten von 30 bis 40 Jahren wurden diskutiert. Davon hatte die Atomindustrie früher nicht zu träumen gewagt. Ihre realistische Atompolitik gipfelte nicht nur in der Ansage, die Genehmigungsverfahren für den Schacht Konrad und für Gorleben zügig abzuwickeln und den Schacht Konrad auch zügig auszubauen, nein, sie gipfelte in einem Unterwerfungs-

vertrag gegenüber der Atomindustrie. In dem Vertrag zur Pilotkonditionierungsanlage haben Sie Ihre realistische Ausstiegspolitik für ein paar Silberlinge verkauft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Qualität von Politik zeigt sich auch immer am Umgang mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Konsens statt Konfrontation sei der Weg des Herrn Schröder, haben wir gestern gehört. Niedersachsen hat einen Landstrich, in dem die Menschen genau das tun, was von guten Bürgern zu erwarten ist: Sie schauen der Politik und der Industrie kritisch und ausgesprochen sachkundig auf die Finger, sie decken Mißstände auf, sie organisieren sich, und sie halten zusammen. Seit Jahrzehnten ist dieser Widerstand in Lüchow-Dannenberg Garantie dafür, daß es der Politik und der Atomindustrie nicht gelingt, die ungelösten Probleme der Atomenergie zu verstecken. Wer mit Polizeiarmeen gegen dieses Engagement vorgeht - egal, ob das in Gorleben oder in Ahaus passiert -, wer immer größere Einsätze damit begründet, daß die Demokratie in Gefahr sei, der verkennet, daß der Widerstand der Bürgerinnen und Bürger zu den Elementen unserer Demokratie gehört. Demokratie braucht Widerspruch und Widerstand. Der starke Staat, vorgeführt bei jedem CASTOR-Transport, ist Ausdruck der Schwäche von Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen den Ausstieg aus der Atomenergie durchsetzen. Weil wir wissen, wie schwer das ist - weil wir das sehr gut wissen -, werden wir die Menschen weiterhin ermutigen, dafür zu streiten. Denn mit der Streitlust der Anti-AKW-Bewegung, mit ihrer Widerständigkeit, steht und fällt der Erfolg der Ausstiegspolitik. Das ist realistische Atompolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch die Ausführungen zur Verkehrspolitik in der gestrigen Regierungserklärung waren nicht überraschend. Verkehrspolitik in Niedersachsen ist gleich Straßenbau. Ein echter Leckerbissen für Liebhaber des politischen Neusprechs - dazu gehöre ich - sind dagegen zwei Sätze über die niedersächsische Automobilindustrie. Mich würde einmal interessieren, wer so etwas textet:

„Die in Niedersachsen bereits vorhandenen Kristallisationskerne einer

Mobilitätswirtschaft werden enger miteinander verknüpft. Niedersachsen wird damit zur Kompetenzregion entwickelt, die internationale Impulse geben kann.“

Was für Floskeln!

(Eveslage [CDU]: Das ist schon was!)

Herr Schröder, können Sie als der Auto-Mann, der trotz leerer Landeskassen jede VW-Kapitalerhöhung mitgehen will, nicht mit einem Satz sagen, was Sie denn wirklich wollen? - VW wird entweder mit dem Drei-Liter-Auto zukunftsfähig und modern oder gar nicht. Warum kann VW eigentlich in Niedersachsen nicht das, was Renault mit dem Twingo in Frankreich kann?

Meine Damen und Herren, lenken, sichern, entscheiden - das waren nicht nur die drei zentralen Parolen des niedersächsischen Wahlkampfes der SPD, das zog sich auch wieder als Grundtenor durch die Rede des Kollegen Gabriel. Die inhaltliche Leere dieser Parolen haben Sie heute nicht gefüllt, und die inhaltliche Leere dieser Parolen wurde aus meiner Sicht eigentlich nur noch von dem 700.000 DM teuren Herzenswunsch eines offensichtlich nicht so ganz einzelnen Herrn übertroffen, der gern einen Niedersachsen als nächsten Kanzler sehen möchte,

(Gabriel [SPD]: Sie nicht?)

und der außerdem vorhatte, einen linken Sozialdemokraten zu verhindern.

Wenn ich tatsächlich so viel Geld hätte, meine Begehren veröffentlichen zu können, würde ich mir sehr viel mehr wünschen. Warum finden Wünsche, die die Herzen der Menschen höher schlagen lassen, in ihrer Politik eigentlich keinen Raum? - Ein Niedersachse soll für Gerechtigkeit und Solidarität im Lande sorgen. Auch das hätte in einer Anzeige oder auf Wahlplakaten vorkommen können. Die Wünsche, daß ein neuer Kanzler nicht den Standort, sondern die Menschen in den Mittelpunkt der Politik stellt, nicht die Umwandlung der Republik in die Standort-Deutschland-Aktien-Gesellschaft, sondern die Sorge darum, daß alle Menschen Arbeit und ausreichendes Einkommen finden sollen, daß sie dafür eine brauchbare Ausbildung bekommen sollen und daß sie ein gutes Leben in einer Welt haben sollen, die sie ihren Kindern mit möglichst gutem Gewissen hinterlas-

sen können - solche Wünsche, Herr Gabriel, solche Werte fehlen auch in Ihrer Politik. Am Ende der Ära Kohl - ich hoffe, daß diese Ära zu Ende gehen wird - gilt Artikel 14 des Grundgesetzes nicht mehr, in dem es heißt, Eigentum verpflichte, und sein Gebrauch solle dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Wer solches fordert, gilt ja heutzutage als Kommunist. Das Grundgesetz ist offensichtlich in der Gefahr, ein Anachronismus zu werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eigentum verpflichtet heute zu gar nichts mehr außer zur Eigentumsvermehrung und zur Gewinnmaximierung. Das ist das Erbe der Bonner Koalition, und das ist es, was geändert werden muß.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Entsolidarisierung und Entdemokratisierung der Bundesrepublik wird nicht schon damit beendet, daß ein Herr Schröder einen Herrn Kohl ablöst. Für wirkliche Veränderung und Erneuerung brauchen wir Politikerinnen und Politiker, die mit Bürgerinnen und Bürgern Einvernehmen herstellen. Dabei sind wir uns auf der vordergründigen Ebene immer sehr schnell einig.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Auch meine Partei - das muß ich an dieser Stelle einflechten - läuft manchmal Gefahr, aus dem Blick zu verlieren, daß solidarisches Handeln in einer Gesellschaft das Einverständnis vieler Menschen voraussetzt. 7 Millionen Menschen sind heute in der Bundesrepublik ohne Arbeit, nicht 5 Millionen, wie hier immer noch beschönigend gesagt wird.

(Gabriel [SPD]: „Offiziell“ haben wir gesagt!)

Zehntausende von Jugendlichen sehen keine Perspektive für sich, jeder zehnte Arbeitnehmer lebt trotz Arbeit und Einkommen unter der Armutsgrenze. Ein Weg, der aus dieser sozialen Ungerechtigkeit in unserem Lande herausführt, das doch so reich wie fast kein anderes ist, kann nur ein gemeinsamer Weg sein. Gemeinsame Wege müssen aber beschrieben werden. Und da, wo wir Grünen oft zu sehr an Patentlösungen und an die geradezu planwirtschaftliche Umsetzung unserer Konzepte glauben, bieten Sie, Herr Schröder, und bietet die gesamte SPD einfach zu wenig. Wer die Leute nur zum Kreuzchenmachen braucht, der

wird nicht weit kommen. Wenn wir das Land mit den Leuten verändern wollen, dann müssen wir auch Ziel und Wege nennen.

Deshalb will ich jetzt von der Ökosteuer reden. In der Bundesrepublik geht ja ein Gespenst um und bedroht den deutschen Autofahrer mit jeder Schlagzeile ab drei Zentimetern Höhe. Was man mit Schlagworten so alles anrichten kann, das erleben wir, das erlebe ich seit unserem Magdeburger Parteitag. Ein Aufschrei geht durch das Land. Er wird natürlich jetzt schon langsam dünner. Aber warum denn eigentlich? - Weil wir in unserem Programm für die Bundestagswahl vorrechnen, wie es gelingen kann, Arbeit billiger und damit sicherer zu machen; weil wir vorrechnen, wie es gelingen kann, durch Förderung und Anreiz für neue Technologien neue Arbeit zu schaffen; wie es gelingen kann, die deutsche Automobilindustrie mit dem Drei-, Zwei-, Ein-Liter-Auto, sagt Herr Piëch ja schon, zukunftsfähig zu machen. Das Ziel in der Ökosteuerreform heißt Arbeit sichern und schaffen!

Das ist aber nicht genug. Unser Programm geht noch weiter. Es zeigt, wie gleichzeitig wirksame Umweltpolitik betrieben werden kann: Klimaschutz, Reduzierung des Rohstoffverbrauchs, sparsamer Umgang mit allem, was unwiederbringlich ist, endlich raus aus der riskanten und lebensbedrohenden Atomenergie. Das klingt nicht nur gut, das ist auch gut, und das wird auch nicht schlecht oder falsch, weil wir einen Fehler bei der Werbung für die Ökosteuer begangen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ökosteuern, das heißt nicht Ende der Bewegungsfreiheit. Ökosteuern heißt moderne Zeiten, heißt moderne Autos, heißt intelligenter Umgang mit Ressourcen. Ökosteuern sind nicht Restriktion, sondern Innovation. Wer den Leuten etwas anderes erzählt, der lügt, der will die Leute für dumm verkaufen. Aber das ist ja vor jeder Wahl so.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist nicht leicht - auch das weiß ich sehr gut -, Gehör für differenzierte Botschaften zu finden. Aber: Wahlkampf hin, Wahlkampf her, es ist in der Bundesrepublik nicht die Zeit für einfache Antworten, denn es gibt schon lange keine einfachen, glaubwürdigen Lösungen mehr. Auf die Ökosteuerforderung mit einer Angstkampagne zu

antworten, das ist Wahlkampf à la Kohl und Hintze auf tiefstem Niveau. Es sollte selbst Pfarrer Hintze zu denken geben, daß seine Anti-Grün-Kampagne nicht nur bei den Mineralölkonzernen und an den Tankstellen nicht ankommt. Töpfer, Merkel, Schäuble, Biedenkopf, die Umweltpolitiker der CDU, und jetzt auch der Umweltrat, alle wissen, daß wir mit der Ansage, Energie muß teurer werden, damit der Staat die hohe Besteuerung der Arbeit senken kann, genau richtig liegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weniger Arbeitskosten, mehr Arbeitsplätze - das ist das Ziel. Da die Wirtschaft nichts schlechter verträgt als ruckartige Umstellungen, sind wir für die stetige Anpassung nach einem verlässlichen und vernünftigen Zeitplan. „Dumm, dümmer, Hintze“, habe ich neulich gelesen; nicht als Beitrag zu einer grünen Reform der deutschen Grammatik, sondern als Kommentar zu dieser CDU-Angstkampagne zur Ökosteuer.

Gerechterweise muß ich hinzufügen, daß nicht nur die CDU einen - freundlich gesagt - recht schlichten Kurs in der Debatte um die Ökosteuer eingeschlagen hat. Auch der Gerhard Schröder der neuen Ära bleibt den Stammtischen doch recht treu. Das sei Quatsch, hat der Kandidat verkündet, und komme mit ihm nicht in die Tüte. Ich finde, daß das doch eine etwas ärmliche Antwort von dem Mann ist, der den Aufbruch in die Moderne für sich pachten möchte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Modernes Umsteuern, Umsteuern mit marktwirtschaftlichen Mitteln, Entlastung der Arbeit durch Belastung von Energie und Rohstoffen, so wie wir es vorschlagen, ist ein Muß für die Veränderungen dieses Landes. Wer die Arbeitslosigkeit bekämpfen will, der muß ja sagen zu Ökosteuern, und zwar mutig. Sie, Herr Schröder, müssen sich in diesem Zusammenhang ernsthaft entscheiden. Herr Lafontaine hat das gestern auch noch einmal angemahnt. Sie müssen sich entscheiden, auch wenn das Buch über Ihre Antworten auf die Herausforderungen der Ära nach Kohl immer noch nicht geschrieben ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Aussage, die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit stehe im Mittelpunkt Ihrer Politik, haben wir gestern nicht zum erstenmal gehört. Ein zwei-

jähriges Moratorium für Entlassungen haben Sie aus Jerusalem gefordert. Das klang doch erstaunlich hart für den Propheten der Freiwilligkeit. Nachdem Sie in Niedersachsen mit Ihren Appellen an die Wirtschaft, freiwillig ausreichend Ausbildungsplätze bereitzustellen, gescheitert sind, warten wir jetzt gespannt darauf, was aus diesem Appell zum Entlassungsstopp werden wird. Womit werden Sie denn die Arbeitgeber dazu bringen, niemanden mehr hinauszuschmeißen?

Seit Sie der einzige Kandidat Ihrer Partei sind, fordern auch Sie wieder ein Bündnis für Arbeit. Sie haben in Niedersachsen allerdings ein solches Bündnis für Arbeit aktiv hintertrieben. Sie haben in Niedersachsen die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst verlängert. Sie haben genauso wie Kohl und Rexrodt in Niedersachsen auf die Verbesserung der Bedingungen für Großunternehmen gesetzt in dem blinden und alten Glauben, mehr Profit bedeute auch mehr Jobs. Daß es längst eine Entkoppelung von Wachstum und Beschäftigung gibt, haben Sie in Ihrer Landespolitik bisher überhaupt nicht zur Kenntnis genommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre bisherige Politik nimmt das Bündnis für Arbeit als eine Idee für einen Weg aus der Krise überhaupt nicht ernst. 450.000 offizielle Arbeitslose in Niedersachsen belegen das eindrucksvoll. Arbeitsplätze kaufen, mit Geldern des Landes, die eigentlich gar nicht da sind, das können Sie, wenn Wahlen sind. Das haben wir bei der Dasa, das haben wir bei der Preussag gesehen. Aber Arbeitsplätze schaffen? - In Niedersachsen haben dafür die Macherqualitäten an dieser Stelle gefehlt. Daß die Energiewende ein Arbeitsmarktprogramm ist, wird in Niedersachsen seit vier Jahren ausgeblendet. Die Windenergiefirmen wandern ab oder werden von amerikanischen Konzernen aufgekauft. Daß Sie, während in Bayern, Nordrhein-Westfalen und in den neuen Bundesländern Photovoltaik-Industrien und -Fabriken aufgebaut werden, in Ihrer Regierungserklärung allen Ernstes erklären, Sie hätten 2 Millionen DM für die Photovoltaik eingesetzt, kann eigentlich nicht ernst gemeint, sondern nur ein schlechter Witz sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Daß ökologische Innovationen und soziale und kulturelle Dienstleistungen einen Schub für Beschäftigung bringen, interessiert in Niedersachsen

nicht. Kleine und mittlere Unternehmen und das Handwerk werden in Niedersachsen sträflich vernachlässigt, obwohl gerade in diesen Bereichen die verlässlichen Partner für Ausbildung sind und obwohl Handwerk und kleine und mittlere Unternehmen die eigentlichen Träger innovativer Entwicklungen im Lande sind.

Der Generationswechsel im niedersächsischen Handwerk - das wissen Sie genauso gut wie ich - wird immer problematischer. Wenn die Übernahmequote nicht wieder besser wird bzw. wenn die Existenzgründungen nicht rapide zunehmen, dann werden in Niedersachsen demnächst 50.000 weitere Arbeitsplätze in kleinen und mittleren Unternehmen wegfallen. Die Fixierung der niedersächsischen Wirtschaftspolitik auf Großunternehmen, auf Projekte wie Sican, muß beendet werden. Dafür sind nicht Abteilungsleiter im Wirtschaftsministerium verantwortlich. Der alte und Noch-Ministerpräsident Schröder ist in der Verantwortung!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Orientierungshilfe für die Beurteilung der zukünftigen Politik des Kandidaten Schröder ist zur Zeit natürlich auch seine Hinterlassenschaft in Hannover. Das ist in erster Linie das Kabinett. Innerhalb dieses Kabinetts ist dies in erster Linie der designierte Nachfolger. Wer seine Füße unter den Kabinetttisch stellen darf, entschied der Ministerpräsident in sehr enger Absprache mit seinem Nachfolger. Auch wenn tatsächlich, wie Herr Schäuble immer wieder ausführt, die Demokratie die Rolle des Kronprinzen nicht kennt: In Niedersachsen heißt der Kronprinz offensichtlich nicht nur im Karneval Glogowski. Wer Herrn Glogowski nicht in den Kram paßt, der darf nicht an den Kabinetttisch. Neue Männer braucht das Land! Also Frauen raus! Oder wie erklären Sie diesen ersten Wahlbetrug nur zwei Tage nach dem 1. März? - Nicht einmal eine Staatssekretärin wird für Frauenpolitik zuständig sein.

(Gabriel [SPD]: Nein, eine Ministerin! Eine Ministerin ist zuständig!)

Die Zahl der Ministerinnen ist halbiert worden. Noch zwei Frauen gehören dem Kabinett an. Der Frauenanteil in der SPD-Fraktion - ja, man sieht ihn kaum noch - ist geringer als der in der CDU. In schwierigen Zeiten gilt bei Ihnen offensichtlich: Frauen raus aus der Politik! Meine Erfahrung dazu

ist - das teile ich, glaube ich, mit allen Frauen in der Politik -: Wer Politik ohne Frauen macht, der macht Politik auch nicht für Frauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

„Frauen raus“ ist die eine, „Engagement für Menschenrechte und Demokratie kurzhalten“ die andere Parole für die Zusammensetzung der Regierung unter Schröder und Glogowski. Der Innenminister, der gute, systemtreue Bürger daran erkennt, daß sie aussehen wie er,

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

hat sich um Niedersachsen auf seine Art verdient gemacht. Unter Rot-Grün war Niedersachsen einmal vorbildlich in der Betreuung von Ausländerinnen und Ausländern. Heute sind wir in Niedersachsen traurigerweise bei der Abschiebung vorn. Unsere Forderung, eine Härtefallkommission einzurichten, scheiterte am „Deutschen Meister im Abschieben“. Dieser Titel für den Innenminister kommt nicht von uns, sondern dieser Titel wurde dem Innenminister vom Flüchtlingsrat verliehen.

Niedersachsen kämpft bei der Novellierung des Asylbewerberleistungsgesetzes konsequent für eine Politik des Aushungerns von Asylbewerbern. Am ausgestreckten Arm verhungern lassen - das ist ein hartes Bild; aber genau das ist es, was erreicht werden soll. Selbst mit Bürgerkriegsflüchtlingsen soll so umgegangen werden, wenn es nach Glogowski geht.

Diese harte rechte Achse in der bundesdeutschen Innenpolitik - Kanther, Beckstein, Glogowski, also quasi eine Süd-Nord-Achse - hat auch beim großen Lauschangriff gestanden. Der Niedersächsische Innenminister war gegen die Ausnahmeregelungen beim Bespitzeln und wollte seine Ohren weiterhin überall reinstecken. Die kleine Korrektur, diese Ausnahmeregelung für Journalisten, sozusagen das Abschneiden eines kleinen Öhrchens, muß schon geschmerzt haben.

Gerhard Schröder hat in den letzten Jahren irgendwann einmal gesagt, es gebe keine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik. Gerhard Glogowski hat in den letzten Jahren bewiesen, daß es auch keine sozialdemokratische Innenpolitik gibt. Das ist traurig.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN)

„Aufbruch, egal wohin“, schrieb die „taz“ über die Stimmung der SPD nach der Niedersachsenwahl. Diese Stimmung zeigt sich nicht nur in der maximalen Willkür des Kandidaten Schröder in der Koalitionsfrage. Die Halbherzigkeit und Beliebigkeit der Politik, die nach Kohl kommen soll, zeigt sich in der Regierungserklärung von gestern genauso wie in der Sammlung von Schlagworten zum Standort Deutschland wie „Innovation“, „Leistung“ und „Chancen der Globalisierung“, die ja das Bundesprogramm der SPD sein sollen. Selbst diese Programmatik des Unkonkreten wurde vom Kandidaten noch einmal unter einen generellen Finanzierungsvorbehalt gestellt.

Meine Partei, ob im Land oder im Bund, stellt unverzichtbare, konkrete Anforderungen an eine neue Regierung: die ökologisch-soziale Steuerreform, der Ausstieg aus der Atomenergie und eine neue Energiepolitik, die konsequente Umsetzung der Idee vom Bündnis für Arbeit mit dem Ziel der gerechten Verteilung von Arbeit und Wohlstand. Diese Ziele stehen für uns ganz vorn, auch wenn Sie und die CDU gemeinsam nicht müde werden, zu behaupten, Arbeit sei für die Grünen nicht wichtig. Arbeit sichern und Arbeit schaffen, das zieht sich wie ein roter Faden durch alle unsere Programme. Vielleicht sollten Sie sie einmal lesen. Dafür werden wir streiten, in möglichen Koalitionen genauso wie in der Opposition.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor eine paar Tagen schrieb Heribert Prantl in der „Süddeutschen Zeitung“:

„Starker Staat, Lauschangriff, Standort Deutschland, Abbau des Sozialstaates, Degradierung der Grundrechte. Der brave Bürger habe bei alledem nichts zu befürchten, heißt es beschwichtigend. Es ist Zeit, daß die braven Bürger nicht mehr brav sein wollen.“

Nach dem, was ich gestern und heute von der SPD gehört habe, kann ich dem nur hinzufügen: Es ist höchste Zeit, daß die Politik nicht mehr brav sein will. Anders werden wir die notwendigen Veränderungen nicht schaffen.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Litfin:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache über die Regierungserklärung beendet.

Da wir relativ gut in der Zeit liegen, haben die Fraktionen beschlossen, daß die Konstituierung der Ausschüsse eine halbe Stunde vorgezogen werden soll. Sie beginnt also um 12.30 Uhr und hat einen 20-Minuten-Rhythmus. Ich hoffe, Sie sagen den Kolleginnen und Kollegen Bescheid, die jetzt nicht im Saal sind.

Wir müssen nun noch die Mitglieder und die stellvertretenden Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses wählen.

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses - Drs 14/2

Nach Artikel 11 der Niedersächsischen Verfassung ist die Wahlprüfung Aufgabe des Landtages. Nach § 4 des Wahlprüfungsgesetzes werden die Entscheidungen des Landtages durch den Wahlprüfungsausschuß vorbereitet. Der Wahlprüfungsausschuß besteht aus sieben Mitgliedern und sieben Stellvertretern bzw. Stellvertreterinnen. Der Wahlprüfungsausschuß wird vom Landtag aus seiner Mitte für die Dauer der Wahlperiode gewählt.

Ihnen liegt der Vorschlag der Fraktionen in der Drucksache 14/2 vor.

Wortmeldungen zur Beratung über diesen Tagesordnungspunkt liegen mir nicht vor. Wir können somit zur Abstimmung kommen. Wenn Sie dem Wahlvorschlag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 14/2 zustimmen wollen, dann bitte ich um Ihr Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Sie haben das einstimmig so beschlossen.

Ich darf Ihnen noch mitteilen, daß der zweite Tagungsabschnitt vom 13. bis 15. Mai 1998 vorgesehen ist. Inwieweit alle drei Tage benötigt werden, richtet sich nach den bis zur nächsten Ältestenratsitzung vorliegenden Beratungsgegenständen. Der Präsident wird den Landtag einberufen und im Einvernehmen mit dem Ältestenrat Beginn und Tagesordnung der Sitzungen bestimmen.

Ich schließe damit unsere heutige Sitzung. Kommen Sie gut heim.

Schluß der Sitzung: 12.18 Uhr.